Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 222. Montag, den 22. September 1913. 20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Der Parteitag in Jena.

„Wir brauchen ein zweites Dresden.“ So überschrieb vor acht Tagen unser Stuttgarter Parteiblatt seinen Begrüßungsartikel zum Parteitag. Zur Begründung für dieses von einem sozialdemokratischen Organ ausgesprochene Verlangen war die Behauptung aufgestellt worden, daß in unserer Reichstagsfraktion die „Opportunisten“ den Sieg davongetragen hätten über die „unentwegt Radikalen“. So unsinnig diese Behauptung nach jeder Richtung hin ist, so sonderbar muß es jeden um das Wohl der Partei besorgten Genossen anmuten, wenn heute von einem Parteiblatt nach einem zweiten Dresden gerufen wird. Wir meinen, die Partei hat gerade an dem einen Dresden genug gehabt, sodaß eigentlich niemandem nach einer Neuauflage gelüsten sollte. Und wer dennoch einen solchen Wunsch hegt, der beweist, daß ihm trotz seiner Eigenschaft als Parteiredakteur noch vieles an einem guten und überzeugten Parteigenossen fehlt. Doch abgesehen davon, dürfte heute bis auf einige wenige berufsmäßige Stänker die Parteigenossenschaft ganz Deutschlands ihrer Freude darüber Ausdruck geben, daß der Parteitag in Jena einen so würdigen, im schroffsten Gegensatz zu Dresden stehenden Verlauf genommen hat. Immer deutlicher tritt die Tatsache in die Erscheinung, daß sich die verschiedenen Richtungen in der Partei immer mehr auf einem gemeinsamen Boden zusammenfinden, daß die Unterschiede mehr und mehr verschwinden. Das ist nur zu begrüßen; wird doch dadurch die Einheit und Geschlossenheit der Partei gefördert. Auf diesem Wege ist u. E. der verflossene Parteitag ein gutes Stück vorwärts gekommen, wie die Abstimmungen und Debatten über die verschiedensten Streitfragen bewiesen haben.

Der diesjährige Parteitag hat außerordentlich praktische Arbeit geleistet, indem er sich eingehend mit der Arbeitslosenfürsorge beschäftigte. Schätzenswertes Material ist hier von dem Referenten beigebracht worden. Das Referat war eine flammende Anklagerede gegen die heutige Gesellschaft, die z. B. für die Pferdeversicherung in Bayern Tausende Mark übrig hat, für die Arbeitslosenversicherung jedoch keine Mittel bereit stellen will. Wie notwendig aber hier ein staatliches Eingreifen ist, geht schon daraus hervor, daß die freien Gewerkschaften im Vorjahre — trotzdem die Arbeitslosigkeit einen großen Umfang nicht angenommen hatte — etwa 9 Millionen Mark an Arbeitslosenversicherung verausgabten. In den kommenden Krisenjahren wird sich dieser Betrag sicherlich noch wesentlich erhöhen. Nunmehr handelt es sich für unsere Genossen darum, in den Kommunal- und Landesvertretungen die Gesellschaft an ihre Pflicht zu erinnern und sie zu veranlassen, sich immer wieder mit der Arbeitslosenfürsorge zu beschäftigen. Wir müssen versuchen, die herrschenden Klassen zu durchgreifenden Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit zu zwingen.

Trat in dieser Frage eine erfreuliche Einmütigkeit zutage, so kann dasselbe nicht gesagt werden bei den Debatten über den Massenstreik. Das ist auch erklärlich. Hier sind vor dem Parteitage eine Reihe verschiedenartiger Auffassungen in die Erscheinung getreten, daß es anormal gewesen wäre, wenn sie auf dem Parteitage nicht einen Widerhall gefunden hätten. In sachlichster Weise sind die Meinungen ausgetragen worden, sodaß ohne Uebertreibung gesagt werden kann, die Debatte stand auf der Höhe. Mit Genugtuung erfüllt uns der Ausgang derselben. Der Parteitag hat mit überwiegender Mehrheit anerkannt, daß in absehbarer Zeit an die Durchführung des Massenstreiks nicht zu denken ist. Zunächst müssen die Vorbedingungen für denselben erfüllt sein. Und dazu gehört vor allem eine weitaus stärkere Organisierung der uns noch Fernstehenden und Durchdringung der Massen mit sozialistischem Geiste. Daß es an letzterem noch sehr mangelt, ist doch eine unbestreitbare Tatsache, die teilweise mit auf den Umstand zurückzuführen ist, daß auch in Lübeck eine nicht geringe Anzahl Gewerkschaftler es noch immer nicht für ihre Pflicht halten, das Arbeiterblatt zu abonnieren. Sie wenden vielmehr ihren Feinden, die sie bei Lohnkämpfen mit Schmutz bewerfen, die Abonnementsgelder zu und schädigen dadurch die Interessen ihrer Klasse auf das empfindlichste. Hier gibt es noch eine Unmenge Arbeit zu verrichten. Anstatt uns an Massenstreikphantasien zu berauschen, wollen wir mit Nachdruck dahin wirken, daß unsere Phalanxen immer fester geschlossen werden, und daß wir nicht nur zahlende Mitglieder, sondern Klassenkämpfer in des Wortes vollster Bedeutung in unseren Reihen mustern können.

Die Debatte über die Steuerfrage litt fraglos sehr unter den Differenzen, die innerhalb der Fraktion über die Haltung derselben bei den Deckungsvorlagen entstanden waren. Die Diskussion drehte sich naturgemäß hauptsächlich um die Frage: Hat die Fraktion recht gehandelt oder nicht? Es war vorauszusehen, daß der Parteitag die Frage bejahen würde. Daß das mit einer so großen Mehrheit geschehen ist, kann als sehr erfreulich bezeichnet werden. Wäre dieser Fall bei der Steuerdebatte ausgeschieden, dann würde sich die Diskussion in mehr programmatischen Bahnen bewegt haben, was sicherlich mehr zur Klärung der Frage beigetragen hätte. Vielleicht wäre dann auch in der Resolution noch einiges abgeändert resp. ergänzt worden. Doch das wird sich ja eventuell später nachholen lassen, wie mit Annahme der Wurmschen Resolution die Erörterung der Steuerfrage noch nicht als endgültig erledigt angesehen werden kann. Tauchen doch gerade auf steuertechnischem Gebiete immer neue Probleme auf, zu denen die Partei notgedrungen Stellung nehmen muß.

Die Maifeierdebatte befriedigt uns nicht. Wir bedauern lebhaft, daß der Parteitag, nachdem einige wenige Redner gesprochen hatten, einen Schlußantrag annahm. Hier wäre eine eingehendere Diskussion im Interesse der Maifeier und unserer ganzen Bewegung sehr am Platze gewesen. Jetzt wird, wenn nicht von anderen Ländern die Maifeierfrage nächstes Jahr in Wien angeschnitten wird — der deutsche Parteivorstand hat die Aufrollung derselben auf dem internationalen Kongreß leider abgelehnt — weiter gewurstelt. Die Zahl der Feiernden wird eine ständig geringere werden und die Gegner lachen sich ob dieses Weltfeiertages ins Fäustchen. Der angenommene Antrag bezügl. der Abführung des Tagesverdienstes nur von den Partei- und Gewerkschaftsangestellten wird Anlaß zu neuen Streitigkeiten geben.

Von den übrigen erörterten Punkten sei nur noch der Debatte über die Presse gedacht. Hier hat der Genosse Dr. Adolf Braun, der eine Reihe von Jahren außerhalb Deutschlands gelebt hat, für notwendig befunden, sein eigenes Nest zu beschmutzen. Er hat über das Pressebureau und in Verbindung damit über die angebliche Uniformierung der Parteipresse geklagt. Das geschah in einer Art und Weise, daß den Gegnern die hellen Freudentränen über die Wangen laufen können. Wie sieht es denn in Wirklichkeit aus? Erweckt die Parteipresse den Eindruck, als ob ihr Stoff einer Plattenfabrik entnommen sei? Diese Frage ist entschieden zu verneinen. Richtig ist, daß die Parteipresse mehr oder weniger das Pressebureau benutzt. Das ist aber ihr gutes Recht — zu diesem Zwecke ist ja das Pressebureau errichtet worden — und geschieht nicht nur von der kleinen und mittleren Parteipresse, sondern auch von den größeren Blättern. Wir haben uns anläßlich der Angriffe Brauns davon überzeugt, daß auch das von ihm redigierte Nürnberger Parteiblatt das Pressebureau recht fleißig benutzt. Dort sitzen eine Anzahl Redakteure. Um so weniger ist den kleinen Blättern mit 2 Redakteuren daraus ein Vorwurf zu machen. Und wie ist es denn mit den Leitartikeln? Kleinere Blätter sind gezwungen, aus Korrespondenzbureaus stammende Artikel zu nehmen. Aber auch hier sieht es mit unserem Nürnberger Parteiblatt trotz seiner Größe auch nicht viel besser aus. Häufig fanden wir in demselben Artikel, die in einem großen Teil der Parteipresse zu gleicher Zeit veröffentlicht waren. Genosse Braun hätte also klüger gehandelt, wenn er — da er Besserungsvorschläge nicht zu machen wußte — geschwiegen hätte, sintemalen er von den Verhältnissen in einem kleinen Parteiblatt gar keine Ahnung hat. Es müßte eigentlich den Redakteuren größerer Blätter zur Pflicht gemacht werden, eine zeitlang ein kleines Parteiblatt zu redigieren, damit sie hier die Verhältnisse kennen lernen und nicht in mindestens unüberlegter Weise unberechtigte Vorwürfe gegen diese Blätter erheben.

Die Ergänzungswahlen zum Parteivorstande werden weite Kreise der Parteigenossen befriedigen. Die Wahl des Genossen Ebert zum Vorsitzenden ist ein guter Griff, ebenso die Wahl des in unserem Verbreitungsgebiet bekannten Genossen Fr. Bartels zum Sekretär. Letzterer ist seit mehreren Jahren Bezirkssekretär für Schleswig-Holstein und das Fürstentum Lübeck. Die Genossen dieses Bezirks sehen ihn ungern scheiden; sie wissen, welche tüchtige Kraft sie an ihm verlieren. —

Der Parteitag in Jena hat gute und erfolgreiche Arbeit geleistet. Möge sein Verlauf die Genossinnen und Genossen anspornen, in erhöhtem Maße tätig zu sein für die Ausbreitung unserer Ideen. Vorwärts!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Teuerung und kein Ende.

Auf eine Anfrage wegen Fleischteuerung in der Stadtverordnetenversammlung zu Detmold erklärte der Direktor des Schlachthofs, daß die unerschwinglich hohen Fleischpreise nicht fallen, sondern steigen würden. Der Mangel an Schweinen werde immer fühlbarer; Rinder seien schon jetzt schwer zu bekommen und nach Kälbern hielten die Fleischermeister schon längere Zeit vergeblich Umschau. Dieser Zustand werde sich im Winter noch verschärfen.

Unter diesen Umständen beschloß die Stadtverordnetenversammlung, die Teuerungskommission wieder zusammentreten zu lassen und zu versuchen, ob sich durch die Gemeinde eine Milderung des Notstandes erreichen lasse. Der Oberbürgermeister erklärte, daß sich Vieh aus Holland nicht beschaffen lasse; der Transport von Vieh aus Dänemark sei aber zu kostspielig.

Regelung der Pensionsverhältnisse der Altpensionäre.

Der Gesetzentwurf über die Pensionsverhältnisse der Altpensionäre des Reiches ist im Reichsschatzamt fertiggestellt und soll dem Reichstag so frühzeitig zugehen, daß das Gesetz am 1. April 1914 in Kraft treten kann. — Nach einer Meldung des „Deutschen Kuriers“ sind in Preußen Erwägungen im Gange, ob man sich diesem Vorgehen anschließen soll, da bekanntlich die Pensionsverhältnisse der preußischen Altpensionäre nur im Verordnungswege geregelt sind. Da Preußen und das Reich in Beamtengehaltsfragen tunlichst in Übereinstimmung handeln, kann man annehmen, daß auch Preußen eine gesetzliche Regelung vornehmen wird.

Soldatenfürsorge.

Wie die „Schles. Volksztg.“ mitteilt, schweben jetzt an den zuständigen Stellen in der Reichspostverwaltung und im Kriegsministerium Erwägungen, die darauf abzielen, unter gewissen Voraussetzungen volle Portofreiheit für Soldatenpakete einzuführen.

Nach einer Verfügung des Reichskanzlers werden in Zukunft an solche Familien, von denen bereits drei Söhne ihrer gesetzlichen zwei- oder dreijährigen Dienstpflicht im Reichsheer oder in der Marine als Unteroffizier oder Gemeine genügt haben oder noch genügen, Aufwandsentschädigungen in Höhe von 240 Mark für das Jahr während der geichen gesetzlichen Dienstzeit eines jeden weiteren Sohnes in denselben Dienstgraden gezahlt werden. Die Familien, welche die angedeutete Entschädigung erhalten sollen, sind festgestellt worden.

Frhr. v. Zedlitz und die Arbeitslosenversicherung.

Den edlen Freiherrn Octavio von Zedlitz hat die Angst vor der Arbeitslosenversicherung gepackt. In der freikonservativen „Post“ wettert er gegen eine reichsgesetzliche Arbeitslosenversicherung, die aus „gewichtigsten, grundsätzlichen und praktischen Erwägungen abzulehnen sei“. Er schreibt: „Die Kehrseite unserer Arbeiterversicherungs-Gesetzgebung ist die Schwächung des Verantwort-

lichkeitsgefühls in unserer Arbeiterschaft. In bezug auf den Rückgang des Pflicht- und Selbstverantwortungsbewußtseins sind wir mit unserer Gesetzgebung auf diesem Gebiete bis an die äußerste Grenze gegangen. Weiterzugehen hieße die sittliche Kraft der großen Massen unserer Bevölkerung ernstlich gefährden. Schon aus diesem Grunde wird man die Fürsorge bei Arbeitslosigkeit in erster Linie den Arbeitern selbst zu überlassen haben. Dazu kommen die geradezu unüberwindlichen Schwierigkeiten der Unterscheidung zwischen unverschuldeter und verschuldeter Arbeitslosigkeit." — Gnädig gestattet Freiherr von Zedlitz die örtliche Unterstützung auf dem Gemeindewege nach dem Genter System, und er empfiehlt ferner, die Gewerkschaften und die Partei mögen ihre Kassen doch zur Arbeitslosenunterstützung verwenden.

Es überrascht nicht, daß die Konservativen und Agrarier sich auf diese Art als Feinde einer Arbeitslosenversicherung kennzeichnen; sie sehen ja lieber, daß ein Zuchthausgesetz für die Arbeiter geschaffen wird. Doch die deutschen Arbeiter werden es dahin bringen, daß Deutschland auch auf diesem Gebiet nicht hinter andern Ländern zurücksteht.

Die Haftpflicht der Eisenbahnen.

Dem Reichstage wird im kommenden Winter auch ein Gesetzentwurf über die Eisenbahnen zugehen, über den jetzt eine Korrespondenz noch meldet: Der Entwurf regelt die Haftpflicht von Personen- und Sachschäden für alle Arten von Eisenbahnen und unterscheidet hierbei Eisenbahnen mit eigenem Bahnkörper und Straßenbahnen ohne diesen. Für letztere sind wegen der stärkeren Kollisionsgefahr die Haftpflichtbestimmungen gemildert, sie entsprechen den Bestimmungen des Automobilhaftpflichtgesetzes, während für Eisenbahnen mit eigenem Bahnkörper die Bestimmungen des Reichshaftpflichtgesetzes mit Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse maßgebend sind. Die eigentlichen Straßenbahnen, die eigentlich Kleinbahnen sind, konnte man in diesem Gesetze als solche nicht behandeln, wollte man sie nicht ungebührlich hoch belasten. Man suchte deshalb die Bedingungen des Reichshaftpflichtgesetzes zu mildern, in der Erwägung, daß Straßenbahnen im Stadtbetriebe als Eisenbahnen nicht angesehen werden und die größere Anzahl von Zusammenstößen auf das Schuldkonto anderer Wagenführer gesetzt werden muß. Betreffs der Haftpflicht wird die Straßenbahn den Automobilen gleichgeachtet, obwohl die Möglichkeit, Unfällen vorzubeugen, bei einer Schienenbahn viel beschränkter ist.

Fleischteuerung und russische Fleischeinfuhr.

Frohlockend weisen agrarische Blätter auf die Abnahme der russischen Fleischeinfuhr hin und knüpfen daran die Behauptung, daß das russische Fleisch keine Preisermäßigung bewirkt habe, und daß man es aufgegeben habe, mit diesem Mittel gegen die Fleischteuerung anzukämpfen.

Das Nachrichtenamt des Berliner Magistrats macht die agrarischen Hoffnungen zu Wasser; es führt den Rückgang der russischen Fleischeinfuhr nur auf die wärmere Jahreszeit zurück. Verschiedene Vororte, darunter Neukölln, haben den Wiederbeginn der Einfuhr ausdrücklich angeregt, auch in Charlottenburg wird ein dahingehender Antrag vorbereitet. In Berlin, das den Fleischbezug für die Vororte mit übernommen hat, stehen Beratungen zunächst in der Deputation für Notstandsfragen unmittelbar bevor. Es sei nach den früheren Äußerungen der landwirtschaftlichen Verwaltung mit Bestimmtheit anzunehmen, daß die Erlaubnis verlängert werden wird, sobald die Städte sie beantragen. Das Reichsgesetz, das die Herabsetzung des Zolls für die betreffenden Fleischsendungen vorsieht, erstreckt seine Wirkung bis zum 31. März 1914.

Zeichen der Zeit.

Nach einer Meldung aus Freiburg i. B. wird sich der Badische Landtag auch mit der Erhöhung der Zivilliste des Großherzogs zu beschäftigen haben. Diese beträgt nach Kürschners Staatshandbuch einschließlich der Apanagen und Zulagen jetzt 1 881 412 Mk. und soll um 700 000 Mk. erhöht werden.

Das militärische Submissionswesen

ist in den letzten Wochen durch einige Fälle aus der Praxis drastisch gekennzeichnet worden. Auf wie fragwürdigen Unterlagen die Vergebung der Arbeiten oft vorgenommen wird, beweist auch eine Mitteilung aus Paderborn, die auf den Angaben der Paderborner Schneiderinnung beruht. Das Bekleidungsamt des 7. Armeekorps hatte sich vor einiger Zeit bei den Polizeiverwaltungen nach den ortsüblichen Durchschnittslöhnen der „tüchtigen Schneidergesellen" erkundigt, und darauf war ihm von der Polizeiverwaltung Paderborn die Auskunft gegeben worden, daß dort 3 Mk. Lohn täglich gezahlt werde. Dagegen wendete sich die Innung mit einer Eingabe, und schließlich wurde dann auch erreicht, daß als Durchschnittslohn der Beitrag von 3 bis 4 Mk. angegeben wurde. Trotzdem beschloß die Innung, sich überhaupt nicht um die Arbeiten zu bewerben, da die Berechnung der Preise durch das Bekleidungsamt so niedrige Sätze ergibt, daß von einem Verdienst nicht mehr gesprochen werden kann.

Durch das Verfahren der Militärbehörde wird allerdings der Ausführung der entsprechenden Reichstagsbeschlüsse strikt entgegengewirkt, und man kann gespannt darauf sein, wie es demnächst im Reichstage verteidigt werden soll.

Schlechte Erfahrungen bei den Militärbehörden haben auch rheinisch-westfälische Tischlerinnungen gemacht, die sich um Arbeiten beworben hatten, die auf Grund des neuen Wehrgesetzes notwendig geworden waren. Es wurde ihnen in allem Ernste zugemutet, in der Preisfestsetzung mit der Strafanstalt zu konkurrieren, die die tägliche Arbeitsleistung eines Gefangenen mit 40 Pfg. bewertet. Obgleich der Innungsverband verschiedene Eingaben gemacht und sich ausdrücklich auf die Beschlüsse des Reichstages berufen hat, ist es den Innungen nicht gelungen, lohnende Aufträge zu erhalten.

Zwei Reichsgesetze über Wandererfürsorge.

Ein wichtiges Teilproblem der Arbeitslosenfürsorge ist die Frage der Wandererfürsorge, das bisher noch nicht reichsgesetzlich geregelt worden ist. Für Preußen besteht das Wanderstättengesetz vom 29. Juni 1907, wonach die Provinziallandtage die Stadt- und Landkreise zur Errichtung von Wanderarbeitsstätten an bestimmten Provinzen verpflichten konnten. Die Landtage der einzelnen preußischen Provinzen nahmen jedoch dem Gesetz gegenüber eine sehr zwiespältige Stellung ein; durchgeführt wurde das Gesetz in Hessen-Nassau, Westfalen, Hannover und Sachsen, während Ostpreußen, Westpreußen, Schlesien, Schleswig-Holstein, Posen und Pommern von der Errichtung von Wanderarbeitsstätten nichts wissen wollten. Von den übrigen deutschen Staaten hat nur Württemberg auf dem Verwaltungswege 37 Wanderarbeitsstätten eingeführt.

Ein Reichsgesetz soll nunmehr, wie die „Kölnische Zeitung" mitteilt, dieser Verworrenheit ein Ende bereiten. Im Reichsamt des Innern wurden zwei Gesetzentwürfe ausgearbeitet und den Bundesstaaten zugestellt, die dem Reichstag zur Wintertagung 1913 zugehen sollen.

Das erste Gesetz heißt „Wanderfürsorgegesetz" und bestimmt, daß in jedem Bundesstaate Arbeitsstätten und Arbeitsheime zu errichten sind für mittellose, arbeitsfähige, mindestens 16 Jahre alte männliche Personen, die unter Einhaltung der Wanderordnung umherziehen und Arbeit suchen. Die Arbeitsstätten haben die Aufgabe, Wanderern, denen eine Arbeitsstelle nicht alsbald vermittelt werden kann, vorübergehend gegen Arbeitsleistung Beköstigung und Obdach zu gewähren. Sie entsprechen also den heutigen Wanderarbeitsstätten. Die Arbeitsheime haben die Aufgabe, Wanderern, denen durch die Arbeitsstätte eine Arbeitsstelle nicht verschafft werden kann, für längerer Zeit gegen Arbeitsleistung Lohn und Unterhalt zu gewähren. Die Aufnahme in Arbeitsstätten und Arbeitsheimen sollen nicht als Armenunterstützung gelten.

Der zweite Gesetzentwurf bezweckt eine Aenderung des Gesetzes über den Unterstützungswohnsitz. Hier wird bestimmt, daß, wenn eine Person, die arbeitslos das Land durchzieht, hilfsbedürftig wird, der Landarmenverband verpflichtet ist, jedem Ortsarmenverbande die für eine solche Person aufgewandten Kosten zu erstatten ohne Rücksicht darauf, ob der Wanderarme landarm ist oder anderswo einen Unterstützungswohnsitz hat.

In der Begründung zu den Gesetzentwürfen wird ausgeführt, daß die bestehenden Mißstände eine reichsgesetzliche Regelung unumgänglich notwendig machten; nur bei einer geordneten Wanderfürsorge sei die Trennung der Wanderarmen in „Arbeitswillige", „Arbeitsscheue" und „Arbeitsunfähige" möglich. Außerdem sei die Höhe der Unterstützung, die den Wanderarmen in den einzelnen Orten gewährt werde, sehr verschieden, so daß an einzelnen Plätzen arbeitswillige Wanderer infolge unzulänglicher Unterstützung zum Betteln gezwungen würden, während an anderen Orten die Arbeitsscheuen infolge der „reichlich gewährten Unterstützung" zu „ungehöriger Ausnützung" der vorhandenen Wohlfahrtseinrichtungen veranlaßt würden. Darum müsse eine auf sozialen Grundsätzen aufgebaute Wanderfürsorge-Gesetzgebung und eine entsprechende Aenderung des Unterstützungswohnsitzgesetzes vorgenommen werden.

Die Gesetzentwürfe bilden einen kleinen Schritt zur Arbeitslosen- und Wandererfürsorge, aber einen sehr bescheidenen. Im wesentlichen treten die volkswirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkte hinter die polizeilichen weit zurück. Vor allen Dingen müßte eine planmäßige Verbindung der Wanderarbeitsstätten mit den Arbeitsnachweisen wie überhaupt mit einer geordneten Arbeitslosenversicherung hergestellt werden. Die sozialdemokratische Fraktion wird im Reichstag sicher die Beratung dieser Entwürfe nicht vorübergehen lassen, ohne die ganze Frage der Arbeitslosenfürsorge aufzurollen.

Preußischer Städtetag und Wohnungsgesetzentwurf.

Der Anfang Oktober in Breslau tagende Preußische Städtetag wird sich besonders eingehend mit dem Preußischen Wohnungsgesetzentwurf befassen. Vier Vorträge werden hierüber gehalten. Bürgermeister Sahm aus Bochum spricht über die Verteilung der Aufgaben des Wohnungswesens auf Reich, Staat und Gemeinde und die Inanspruchnahme der städtischen Finanzen durch den Wohnungsgesetzentwurf. Hierzu hat der Vorstand des Städtetages nachstehende Leitsätze ausgearbeitet:

1. Das Bestreben der Staatsregierung, das Wohnungswesen zu fördern, wird gern und dankbar anerkannt. Der Wohnungsgesetzentwurf behandelt aber nur einzelne Ausschnitte der Wohnungsfrage, und zwar gerade diejenigen Ausschnitte, die in das Tätigkeitsgebiet der Gemeinden fallen. — 2. Die wichtigsten Teilaufgaben der Wohnungsfrage sind nach Art und Umfang dem Zugriff der Gemeinden überhaupt entzogen, so die umfassende Regelung des Realkreditwesens, das gesamte Hypothekenrecht und vieles mehr. Hier liegen die eigentlichen Aufgaben für Reich und Staat. — 3. Die Neigung des Wohnungsgesetzentwurfes, im eigentlichen Tätigkeitsgebiet der Gemeinden die Selbstverwaltung durch staatspolizeiliche Zuständigkeit zu ersetzen oder einzuengen, muß als ein Fehlgriff bezeichnet werden. Die Gemeinde darf in der Erfüllung ihrer eigenen Aufgabe nur der allgemeinen Staatsaufsicht unterworfen werden. — 4. Der Wohnungsgesetzentwurf erwähnt im Text und Begründung die finanzielle Belastung der Gemeinden durch die Fürsorge für das Wohnungswesen überhaupt nicht. Die Gemeinden bedürfen aber, um grundlegende Verbesserungen im Wohnungswesen durchzuführen, der Erschließung neuer Einnahmequellen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, 22. September.

Die „Amtstracht" des Senates. Bereits vor einigen Wochen spukte in Lübeck das Gerücht, daß der Senat unserer freien Stadt an seinem schlicht-bürgerlichen Kleid keinen rechten Gefallen mehr finde und bestrebt sei, sich eine Amtstracht — beim Militär, beim Schutzmann, beim Gerichtsdiener nennt man dergleichen Uniform, beim Lakaien Livree — anfertigen zu lassen, mit der er sich Wilhelm II. zu präsentieren gedächte. Nun wurden wahrscheinlich die in Aussicht genommenen Uniformen resp. ihr Entwurf nicht rechtzeitig fertig, denn die Senatoren erschienen bei dem Essen im Rathause wie bisher im einfachen, unverzierten Frack. Natürlich empfand jedes echte Patriotenherz den Mangel an goldenem Flitter, den hier der Senat gegenüber den anderen Anwesenden bis herab zum betreßten Diener aufzuweisen hatte, auf das schmerzlichste. Kleider machen eben Leute, und Senatoren ohne „Amtstracht" sehen doch aus wie ganz gewöhnliche Sterbliche. Das geht wirklich nicht so weiter. Der Senat beauftragte deshalb in der richtigen Erkenntnis, daß es die zur Zeit für Lübeck wichtigste Aufgabe zu lösen gelte, einen hiesigen Kunstmaler damit, ihm eine passende Uniform zu entwerfen. Dieser sann andauernd nach und sein Sinnen blieb nicht ohne hocherfreuliches Resultat, wie folgende von der bürgerlichen Presse veröffentlichte Notiz beweist:

> Der Senat hat, wie wir hören, durch seinen ständigen Kommissar dem Wortführer der Bürgerschaft die Mitteilung zugehen lassen, daß er beschlossen habe, in diesem Gedächtnisjahr der Befreiung Lübecks von der Franzosenherrschaft die vor dieser in Gebrauch gewesene Amtstracht, deren Wiedereinführung im vorigen Jahrhundert und auch seit 1900 wiederholt zur Beratung gestellt ist, wieder einzuführen. Die Anlegung der Amtstracht wird nur bei feierlichen Veranlassungen, zunächst voraussichtlich bei der anläßlich der 100jährigen Wiederkehr des Tages der Völkerschlacht bei Leipzig zu veranstaltenden Erinnerungsfeier, stattfinden.

Man darf dem Senat zu diesem glücklichen Ausweg aus dem Dilemma nur gratulieren. Zeigt er doch damit auch äußerlich, wie sehr er in jene längst vergangene Zeit hineinpaßt, deren Tracht er zu tragen beabsichtigt. Ein goldgestickter Frack mit ebenso besticktem Kragen, Kniehosen und Wadelstrümpfen werden sicherlich das Ansehen unserer hohen Regierung wesentlich heben. Serenissimus hat dann nur noch wenig vor den Senatoren voraus. Eines vermissen wir jedoch mit innigem Bedauern: der Senat hätte auch gleich für die Uniformierung der erstklassigen Bürgerschaftsmitglieder sorgen sollen. Auch dafür besteht sicherlich ein dringendes Bedürfnis. Vielleicht könnte man sich Uniformen aus der Zopfzeit dafür zum Muster nehmen.

Reserve hat Ruh! Wieder einmal ist im Jahre die Zeit gekommen, wo die Reservisten das Straßenbild beleben. Die Säbeltroddel an den Spazierstock gebunden, im Zivilanzug, die Soldatenmütze auf dem Kopfe, oder im Matrosenanzug, mit der Mütze, von der die langen Bänder flattern, ziehen sie durch die Straßen. Immer wieder ertönt in oft etwas lauter Fröhlichkeit der Ruf: „Reserve hat Ruh!" Von den Bahnhöfen aus entführen die Züge Scharen von Reservisten. Parole: Heimat! Wer will es den jungen Leuten verdenken, wenn ihre Fröhlichkeit jetzt überschäumt, weil sie die Kaserne, die starre, die mitleidslose, militärische Disziplin, den mit vernünftigen Gründen nicht zu rechtfertigenden sinnlosen militärischen Drill hinter sich haben, worunter sie sich zwei, viele sogar drei volle Jahre haben ducken müssen! Wer will es ihnen übelnehmen, wenn sie jubeln und jauchzen, daß sie wieder die persönliche Freiheit haben!

Nach den wenigen Tagen der Freude wird sich aber der Ernst des Lebens wieder geltend machen. Es heißt für die Existenz zu sorgen. Wer in seine alte Arbeitsstelle wieder eintreten kann, darf von Glück sagen. Den meisten wird dies Glück nicht beschieden sein. Mancher mag, bei dem jetzigen wirtschaftlichen Niedergang, noch wochenlang nach Arbeit suchen müssen. Wer schon vor der Dienstzeit seiner Berufsorganisation angehörte, der wird sich jetzt ihrer wieder erinnern und dort Hilfe suchen und finden. Die der gewerkschaftlichen Organisation noch nicht angehört haben, müssen für sie gewonnen werden. Sie haben manche Erfahrung beim Kommiß gesammelt, die sie vielleicht dem Beitritt zur gewerkschaftlichen Organisation geneigter macht, als vor der militärischen Dienstzeit. Wo ein vom Militär Entlassener in Arbeit tritt und vielleicht in manchen Dingen sich etwas ungeschickt im Beruf anstellt, weil er manches während der Militärzeit verlernt hat, da sollen ihm seine Mitarbeiter in echt kameradschaftlicher Weise helfend zur Seite stehen. Die Kriegervereine machen alle möglichen Anstrengungen, die jungen Reservisten für sich einzufangen. Sie weisen dabei auch auf die Unterstützungen hin, die sie ihren Mitgliedern gewähren. Aber was wollen die wenigen Hunderttausende von Unterstützungsgeldern bedeuten, die der Preußische Landeskriegerverband und der Deutsche Kriegerbund jährlich ausgeben gegenüber den Millionen, die die freien Gewerkschaften an ihre hilfsbedürftigen Mitglieder zahlen! Und was das Wichtigste ist! Nur in der geschlossenen Gemeinschaft mit seinen Arbeitskollegen kann der Arbeiter sich eine einigermaßen auskömmliche Existenz sichern. Die Kriegervereine aber bekämpfen alle diese Bestrebungen auf Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse und stellen sich vorbehaltslos in den Dienst der herrschenden kapitalistischen Klasse. Es ist deshalb Aufgabe aller organisierten Arbeiter, die Reservisten von der Notwendigkeit des Beitritts zur gewerkschaftlichen Organisation zu überzeugen.

Macht die Reservisten, soweit sie es noch nicht sind, zu Sozialdemokraten, das ist die zweite Aufforderung, die an alle Parteigenossinnen und Parteigenossen ergeht. Die Kriegervereine wollen die Reservisten zu gefügigen Werkzeugen des herrschenden Absolutismus machen und fabeln ihnen deshalb vor, daß der Eid, den sie beim Militär haben leisten müssen, sie zeitlebens binde, blindlings dem Militarismus Folge zu leisten. Das ist natürlich Schwindel. Der Reservist ist jetzt freier Staatsbürger und kann sich als solcher politisch betätigen wie er will, solange er sich innerhalb der bestehenden Gesetze hält. Mancher, der vorher von der Sozialdemokratie und ihren Bestrebungen keinen Dunst hatte, ist beim Kommiß mit der Nase darauf gestoßen worden. Vom inneren Feind wird ihm in der Instruktionsstunde manches erzählt worden sein. Soldatenmißhandlungen, die er, wenn er sie nicht selbst erlebt hat, doch an Kameraden hat ausüben sehen, das ganze Netz des Drills und der Schikanen werden ihn nachdenklich gemacht haben. Es wird möglich sein, ihn zu überzeugen, daß gerade die Sozialdemokratie die beste Freundin des Soldaten ist, daß sie stets gegen die Soldatenmißhandlungen aufgetreten ist und für die Besserstellung des gemeinen Soldaten gewirkt hat.

Darum sei die Parole: Werbung unter den Reservisten für Partei und Gewerkschaft!

Vom Mietrecht. Die Zeit des großen Wohnungswechsels naht. Da dürfte es angebracht sein, einige wichtige Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches zu erläutern.

Ein Mietvertrag ist geschlossen, wenn Mieter und Vermieter über die Zeit der Einräumung und die Höhe des Mietzinses einig sind. Ein Mietvertrag hat Gültigkeit, ganz gleichgültig, ob er mündlich oder schriftlich abgeschlossen ist. Ein schriftlicher Vertrag ist nur notwendig, wenn der Vertrag auf länger als ein Jahr abgeschlossen werden soll. Ein einmal geschlossener Vertrag kann nur durch Uebereinkunft beider Parteien gelöst werden. Werden die Parteien nicht einig, so kann sowohl der Hauswirt als der Mieter Schadenersatz wegen Nichterfüllung des Vertrages beanspruchen. In den meisten Fällen wird der Vertrag schriftlich abgeschlossen.

und ist dem Mieter daher dringend zu raten, den Vertrag vor Unterzeichnung einer genauen Durchsicht zu unterziehen. Das Wichtigste in dem Mietvertrag ist ohne Zweifel die Kündigungsfrist, und es herrscht darüber noch große Unkenntnis. Liegt kein schriftlicher Vertrag vor, so schlägt der § 565 des B. G.-B. ein. Dieser lautet nun folgendermaßen: Bei Grundstücken ist die Kündigung nur für den Schluß eines Kalendermonats zulässig; sie hat spätestens am 3. Werktag des Vierteljahres zu erfolgen. Ist der Mietzins nach Monaten bemessen, so ist die Kündigung nur für den Schluß einer Kalendermonats zulässig, sie hat spätestens am 15. des Monats zu erfolgen. Ist der Mietzins nach Wochen bemessen, so ist die Kündigung nur für den Schluß einer Kalenderwoche zulässig, sie hat spätestens am ersten Werktage der Woche zu erfolgen. — Wird also eine Wohnung zum Jahrespreis gemietet, so ist die Kündigung vierteljährlich, auch wenn die Mietzahlung monatlich erfolgt. Wird jedoch die Wohnung zum Monatspreis gemietet, so ist auch die Kündigung eine monatliche. Diese gesetzlichen Bestimmungen treten selbstverständlich nur in Kraft, wenn keine anderen Vereinbarungen getroffen sind.

Der Mietzins ist eine Bringschuld, d. h. der Mieter muß den Mietzins in die Wohnung des Vermieters bringen, und zwar am Ende des Monats bezw. des Quartals. Diese Gesetzesbestimmung wird jedoch nur sehr wenig zur Anwendung kommen, da unsere Hausbesitzer fast durchgängig die Miete im voraus verlangen.

Auch über die Räumung der Wohnung sind sich viele Arbeiter nicht klar. Fast allgemein wird angenommen, daß die Wohnung bis zum 3. des folgenden Monats geräumt werden muß. Dieses ist jedoch falsch. Die Wohnung ist bis zum Schluß des Monats gemietet, an dem die Kündigungsfrist abläuft. Da also am 30. September die Kündigungsfrist zu Ende ist, muß die Räumung am 1. Oktober, und zwar im Laufe des Vormittags, erfolgen. Für den durch die verspätete Räumung etwa entstehenden Schaden hat der Mieter aufzukommen.

Es kann also nur geraten werden, die Wohnung rechtzeitig zu räumen, zumal der Hauswirt weniger Schaden erleidet als der am Einziehen gehinderte neue Mieter. Jede Veränderung im Mietvertrag kann nur unter Einhaltung der Kündigungsfrist geschehen. Eine Steigerung des Mietzinses kann also bei vierteljährlicher Kündigung nur dann eintreten, wenn sie ein Vierteljahr vorher bekanntgegeben wurde.

Ohne Einhaltung der Kündigungsfrist kann der Mieter nur ausziehen, wenn die Wohnung gesundheitsschädlich ist. Gleichgültig ist es, ob der Mieter dieses beim Abschluß des Mietvertrages gewußt hat oder nicht. Bei sonstigen Mängeln ist dem Vermieter eine angemessene Frist zur Abstellung des Schadens zu gewähren. Wird in der angegebenen Zeit der Uebelstand nicht beseitigt, dann kann der Mieter diesen auf Kosten des Vermieters beseitigen lassen und Schadenersatz verlangen. Die entstehenden Kosten können vom Mietzins gekürzt werden, wenn im Mietvertrag nicht das Gegenteil vereinbart ist.

Ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist kann der Vermieter das Mietsverhältnis lösen, wenn der Mieter für zwei aufeinanderfolgende Termine mit der Entrichtung des Mietzinses oder eines Teils desselben in Verzug kommt.

Durch den Verkauf der Häuser wird der Mietvertrag nicht aufgehoben. Beim Tode eines Mieters sind die Erben berechtigt, den Vertrag unter Einhaltung der gesetzlichen Kündigungsfrist zu lösen.

Bevölkerungsbewegung im Lübeckischen Staate während des Monats August 1913. Die Zahl der Eheschließungen betrug 61 (1912: 55), die der Lebendgeburten 219 (268) und die der Sterbefälle 128 (143). Der Geburtenüberschuß belief sich demgemäß auf 91 (125). Uneheliche Geburten kamen 27 (24) mal vor. Totgeburten wurden 7 (7) mal registriert.

Eine gefährliche Ecke ist die Straßenkreuzung Königstraße-Hüxstraße. Schon wiederholt sind dort Unfälle passiert. Heute morgen 10¼ Uhr wollte ein mit Ziegelsteinen schwer beladener Wagen aus der Königstraße in die Hüxstraße einbiegen. Hierbei geriet er mit der Deichsel in das Schaufenster der Teppichhandlung von Schwaner u. Heeschen, das zertrümmert wurde. Eine Dame, die dort gerade die Auslage betrachtete, kam zu Fall, wurde jedoch unversehrt unter den Pferden, von denen sich eines eine stark blutende Verletzung zugezogen hatte, hervorgezogen.

Handelsregister. Am 20. September 1913 ist eingetragen: 1. die Firma Waldera Werk Henry Walter, Lübeck. Inhaber: H. J. A. Walter, Fabrikant, Lübeck; 2. bei der Firma Jwersen u. Co., Lübeck: Jetzige Inhaberin: E. B. C. Jwersen geb. Sager, Ehefrau in Lübeck. Der Übergang der in dem Betriebe des Geschäfts begründeten Forderungen und Verbindlichkeiten ist bei dem Erwerbe des Geschäfts durch die Ehefrau Jwersen ausgeschlossen; 3. bei der offenen Handelsgesellschaft in Firma P. Schulz u. Sohn, Lübeck: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der Architekt und Maurermeister P. F. H. Schulz in Lübeck ist alleiniger Inhaber der Firma.

Aufgehobenes Konkursverfahren. Das Konkursverfahren über das Vermögen des Bäckermeisters Hans Christian Jargstorf in Lübeck ist, nachdem die Schlußverteilung erfolgte, aufgehoben worden.

pb. **Diebstahl im Juwelierladen.** In der Nacht vom 20/21. ds. Mts., morgens gegen 3½ Uhr wurde die große Spiegelscheibe eines an der Wahmstraße belegenen Goldwarengeschäftes zertrümmert und aus dem Schaufenster eine große Anzahl Ringe im Gesamtwerte von 1500 Mk. gestohlen.

pb. **Entwendete Kleidungsstücke.** In der Nacht vom 19./20. d. Mt. sind auf dem Bahnhof Gleschendorf 3 Paar Herren-Schnürschuhe, Gr. 44, 1 Paar Damen-Schnürschuhe, Gr. 40, 1 einreihiger Sommerüberzieher, und ein Buch mit dem Titel „Das Verlobungsschiff" gestohlen worden.

pb. **Käsediebstahl.** In der Zeit vom 22.—26. Juli ist von dem Dampfer „Luba" eine Rolle Käse gestohlen worden.

pl. **Im Neuen Stadttheater** gelangte gestern die Operettenneuheit „Hoheit tanzt Walzer" von Ascher zur Aufführung. Wir konnten nur einem Teil der Vorstellung beiwohnen und kommen deshalb auf die Operette nach ihrer ersten Wiederholung zurück. Das Werkchen fand infolge seiner unaufdringlichen, ansprechenden Musik und seiner hübschen Wiedergabe durch unsere Künstler mit Frau Vogel-Mack an der Spitze, eine sehr freundliche Aufnahme. Im Zuschauerraum, namentlich im ersten Rang, war mancher Platz unbesetzt.

---

f. **Stockelsdorf.** Gemeindevertretersitzung am 18. September. Die Feststellung der Jahresrechnung für das Jahr 1912 hatte folgendes Ergebnis: Gemeindekasse: Einnahme 55 895 Mk., Ausgabe 62 108 Mk., sodaß ein Vorschuß von 6213 Mk. benötigt wurde. Schulpersonalkasse: Einnahme 44 119 Mk., Ausgabe 36 630 Mk., Bestand 7488 Mk. Schulbaukasse: Einnahme 15 854 Mk., Ausgabe 13 207 Mk., Bestand 2647 Mk. Armenkasse: Einnahme 23 363 Mk., Ausgabe 17 525 Mk., Bestand 5837 Mk. Gemeindekrankenkasse: Einnahme 10 117 Mk., Ausgabe 10 117 Mk. Hierzu ist zu bemerken, daß die Einnahmen aus Beiträgen gegenüber den Ausgaben nicht ausreichten und die Gemeindekasse einen Zuschuß leisten mußte. Gesindekrankenkasse: Einnahme 1333 Mark, Ausgabe 2218 Mk.; auch diese Kasse benötigte aus der Gemeindekasse einen Vorschuß von 947 Mk. Da aber die Gemeindevertretung der Meinung ist, daß ein Zuschuß zur Gesindekasse aus den Gemeindekassen nicht zulässig sei, sondern der Arbeitgeber, der Gesinde beschäftigt, für einen etwaigen Fehlbetrag heranzuziehen ist, so soll dieses in der nächsten Sitzung geregelt werden. An Steuern, die nicht einzubekommen und wo pfändbare Sachen nicht vorhanden sind, wurden 627 Mk. zum Abgang gebucht. Ebenfalls wurden 4000 Mk. zum Abgang gebucht, die durch Reklamationen und Verzug entstanden sind. Die Wahl eines Mitgliedes für die Schleswig-Holsteinische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft fiel auf den Landwirt Speck-Stockelsdorf. Zum Vertrauensmann zur Auswahl der Schöffen und Geschworenen wurde der Genosse Stapelfeld-Stockelsdorf bestimmt. Beim Punkt Fortbildungsschule wurde eine Aenderung des Stundenplans vorgenommen. Unter Regierungsverfügungen gab der Gemeindevorsteher bekannt, daß die Ziegenbockkörung für Stockelsdorf am 26. September, morgens 7½ Uhr, beim Gastwirt Dose stattfindet. Beschlossen wurde, an die Verwaltung der Lübecker Straßenbahn das Ersuchen zu richten, morgens 5½ Uhr einen Frühwagen von Krempelsdorf abfahren zu lassen. Auch geht das Gesuch dahin, zu prüfen, ob es sich nicht ermöglichen läßt, daß in unserer Gemeinde eine Ausgabestelle für Arbeiterwochenkarten errichtet werden kann.

Mölln. Zuzug von Speicherarbeitern nach Mölln ist dringend fernzuhalten, da die hiesigen Speicherarbeiter in den Ausstand getreten sind!

Hamburg. Eine folgenschwere Patronenexplosion ereignete sich in der Nacht zum Sonntag im Güterschuppen B an der Banksstraße. Dort waren Arbeiter beschäftigt, Stückgüter aus einem Eisenbahnwagen in den Schuppen umzuladen. Dabei muß eine Kiste mit Jagd-Schrotpatronen hingefallen sein, denn der Inhalt explodierte und viele der umherfliegenden Schrotkörner drangen den Arbeitern O. Lammert, wohnhaft Friesenstr. 19 und A. Heitmann, wohnhaft Peter Marquarstr. 13 in den Körper. Namentlich der eine von ihnen ist sehr schwer an allen Körperteilen verletzt worden, der andere hauptsächlich an Gesicht und Händen. Beamte der Feuerwache Nr. 6 legten ihnen unter Anweisung eines Arztes die ersten Verbände an, worauf sie dem Krankenhaus zugeführt wurden. Der Vorfall hätte noch schlimmer verlaufen können, da sich in der Nähe leicht explodierbare Säuren befanden.

Hamburg. In der Hamburger Bürgerschaft wurde in der ersten Sitzung nach den Ferien gleich wieder eine heillose Verschwendung von Staatsmitteln beliebt. Nicht nur, daß man zum Bau einer neuen Kirche und eines Doppelpfarrhauses einen kostbaren Platz gratis hergab, man bewilligte außerdem noch 100 000 Mk. als einmalige Ehrengabe zum Zwecke des weiteren Ausbaues der Nicolaikirche. Mit Hurra wurden alle diese Mittel von sämtlichen bürgerlichen Parteien bewilligt; nur die sozialdemokratische Fraktion protestierte energisch gegen diese unerhörte Vergeudung der Steuergroschen der Bevölkerung. Religion ist Privatsache, so führte Genosse Schaumburg aus, und wenn Kirchengemeinden Plätze brauchen, so mögen sie diese selbst bezahlen. Große Teile der Bevölkerung würden erbittert, wenn sie für eine Sache, der sie gleichgültig gegenüberstehen, die Kosten tragen müssen. Es ist in der Tat eine Kulturschande der reichen Welthandelsstadt Hamburg: Man baut auf Staatskosten Kirchen, die leer stehen und läßt gleichzeitig Tausende armer Proletarierkinder darben, weil man den Vätern das Recht auf Arbeit verweigert! Das ist die bürgerlich-göttliche Weltordnung des zwanzigsten Jahrhunderts! — Ein Bankkrach. Die Geschäftsräume der Hanseatischen Bank in Hamburg wurden heute Freitag von der Staatsanwaltschaft geschlossen und die Direktoren Cramer v. Clausbruch und Hermann Bütte wegen Bilanzverschleierung, Konkursvergehens und Unterschlagungen verhaftet. Das Aktienkapital der Bank in Höhe von 2½ Millionen Mark gilt als total verloren, ebenso 600 000 Mark Spareinlagen und Kundengelder.

Flensburg. Von der „Offiziersehre". Die Flensburger Strafkammer beschäftigte sich in vierstündiger Verhandlung mit einer Offiziersprügelei. Mehrere Offiziere, darunter der Oberleutnant Lauenstein, hatten einen Kaufmann angerempelt und verweigerten auf die Vermittlungsversuche von dessen Bruder jede Entschuldigung. Der Oberleutnant erhielt deshalb eine Ohrfeige und der Täter, ein Student, wurde zu 300 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Meldorf. Feuersbrunst. Freitag abend ging das Wohn- und Wirtschaftsgebäude des Hofbesitzers Karl Boye (früher Detlef Thiedemannsscher Besitz) in Barsfleth in Flammen auf. Die gesamte Ernte ist verbrannt, der Schaden ist groß. Das Feuer entstand vermutlich durch Selbstentzündung der Erntevorräte.

Bremerhaven. Großfeuer. Das umfangreiche Holzlager der Firma Suhr ist Sonntag früh durch eine zwei Stunden währende Feuersbrunst eingeäschert worden. Für mehr als 200 000 Mark Nutz- und Edelhölzer sind verbrannt.

Aus der Partei.

Preßprozeß. Die liberalen Praktiken des freisinnigen Fabrikanten Schulte in Haspe bei Hagen i. W. hatte unser Elberfelder Parteiblatt festgenagelt. Schultes erste Tat als neugewählter Stadtverordneter von Haspe war, im Stadtrat zu beantragen, daß im Ortskrankenkassenstatut der Paragraph gestrichen wird, nach welchem das Krankengeld auch für den Sonntag bezahlt wird. Ein hohes Krankengeld, so führte Schulte aus, machen sich die Versicherten nur zunutze und hohe Leistungen trügen dazu bei, daß die Leute sich von der Arbeit drücken. Die Krankenkasse sei keine Versorgungsanstalt. Obgleich Herr Schulte die Tatsache, solche Aeußerungen getan zu haben, garnicht abstritt, sondern obendrein noch behauptete, durch diese Stellungnahme Allgemeininteressen vertreten zu haben, verklagte er die Elberfelder „Freie Presse". Der verantwortliche Redakteur Gen. Liebig wurde wegen formeller Beleidigung zu 25 Mark Strafe verurteilt.

Weitere Haussuchungen. Nach der Broschüre des Düsseldorfer Genossen Winnen „Wer will unter die Soldaten?" wurde auch in den Buchhandlungen der „Volksstimme" in Lüdenscheid und der „Schleswig-holsteinischen Volkszeitung" in Kiel eifrig gehaussucht. Gefunden wurde hier wie dort nichts.

Heraus aus den Militärvereinen! In Hohenlimburg i. W. ist gegen verschiedene Mitglieder der Militärvereine, die sich am Gewerkschaftsfest beteiligt haben, das Ausschlußverfahren eingeleitet worden. Indem sie am Festzuge teilnahmen, der eine „sozialdemokratische Demonstration" sei, hätten sich diese Mitglieder eines groben Verstoßes gegen die Vereinssatzungen (Betätigung von Liebe und Treue zu Kaiser und Reich) schuldig gemacht. — Wir haben durchaus nichts dagegen, wenn die Kriegervereine selbst dafür sorgen, daß sich ihre Reihen lichten.

Ein gelber Verbandssekretär wegen Beleidigung eines Sozialdemokraten verurteilt. Es geschehen doch noch Zeichen und Wunder. In Waldenburg i. Schl., wo die gelben reichstreuen Sekretäre mit aller Gewalt dem Sozialdemokraten Sachse das Mandat entreißen wollen, ist die Kampfesweise dieser Leute selbst den Richtern zu dumm geworden. Der gelbe Verbandssekretär Fichtner, ein Mann, der in Berlin bei der Lebiusgarde eine böse Rolle gespielt hat, „arbeitet" seit den letzten Jahren in seiner Art in Schlesien. Hierbei ist die ordinärste Methode bekanntlich die geläufigste. In einer Abwehr gegen diese Kampfesweise nannte die „Schlesische Bergwacht", unser dortiges Parteiblatt, den Fichtner einmal einen Gemütsathleten. Sofort ging der Gelbe zum Richter und verklagte den verantwortlichen Redakteur Luscher von der „Bergwacht" wegen Beleidigung. Er erreichte auch, daß der Ausdruck „Gemütsathlet" mit ausgerechnet 225 Mark Strafe taxiert wurde. Luscher suchte aber aus der Fülle des gelben Schimpflexikons die Bezeichnung: „Redakteur eines hiesigen Skandalblättchens" (Bergwacht) heraus und strengte Widerklage an. Vor dem Schöffengericht wurde Fichtner von der Anklage der Beleidigung unseres Genossen glatt freigesprochen. L. legte Berufung ein, und nun mußte selbst die Strafkammer zugeben, daß sich F. mit den obengenannten Worten in „verächtlicher und wegwerfender Weise" über die Bergwacht und ihre Redakteure habe äußern wollen. Die Absicht der Beleidigung sei klar erkennbar. Die Strafe lautete auf 25 Mark und Tragung der Kosten. Wenig zwar, aber immerhin etwas, wenn man bedenkt, daß früher dasselbe Gericht, dieselben Ausdrücke, die ein anderer Redakteur des sozialdemokratischen Blattes auf sich bezog, nicht als Beleidigung gelten ließ. Dieser Fichtner wurde gleich darauf von denselben Richtern noch einmal wegen einer Beleidigung verknackt. Er hatte in einem Schreiben an eine Grubenverwaltung einen eben zum Aufseher avancierten Hauer als sozialdemokratischen Spitzel denunziert und sich in diesem Schreiben bitter darüber beklagt, daß die reichstreuen Bergarbeiter benachteiligt würden gegenüber solchen verkappten Sozialdemokraten, die nur im Interesse der Partei als Aufseher ihr Spitzelwesen treiben würden. Der also als „Sozialdemokrat" verdächtigte Aufseher strengte Klage an und der gelbe Kampfhahn Fichtner wurde zu 30 Mark Strafe verurteilt. Auf seinen Einwurf, daß er als reichstreuer Arbeitersekretär die Interessen seiner gelben Mitglieder gewahrt habe, antwortete ihm der Richter trocken, daß das nicht zu erkennen sei; im Gegenteil, er habe die Interessen der Grubenverwaltung wahren wollen, und — „die gingen ihn nichts an". Jetzt muß der gelbe Mann in seinem eigenen Hetzblättchen „Feierabend" das Urteil gegen sich publizieren.

Aus dem Gerichtssaal.

Militärjustiz: 5¼ Jahr Gefängnis. Der Musketier Matziniak vom 26. Infanterie-Regiment in Magdeburg war wegen einer Neckerei mit einem Kameraden in Streit geraten, in dessen Verlauf er wutentbrannt einen „alten Mann" mit einem Spaten schlug. Obwohl von Unteroffizieren die Streitigkeiten zunächst geschlichtet wurden, setzten sie sich doch später fort. Dabei stach der jähzornige Matziniak mit seinem Taschenmesser blindlings auf seine Gegner ein und verschonte auch die Vorgesetzten nicht, die dazwischentraten. Einem Sergeanten, der ihn festnehmen wollte, warf er eine Flasche in den Rücken. Die Folge der Vorgänge war, daß Matziniak sich am Donnerstag wegen seiner Taten vor dem Kriegsgericht der 4. Division in Magdeburg zu verantworten hatte. Die meisten Zeugen sagten aus, daß der Angeklagte offensichtlich nicht Herr seiner Sinne gewesen sei; das Gericht verurteilte ihn doch zu fünf Jahren und drei Monaten Gefängnis, wobei es sich auf die Aussage des beteiligten Sergeanten stützte, daß der Angeklagte sehr wohl die Tragweite seiner Handlungen habe übersehen können.

Die Kriegsgerichte können auch mild urteilen. Dem „Berl. Tagebl." wird aus Thorn gemeldet: Vor dem Oberkriegsgericht des 17. Armeekorps hatte sich Hauptmann und Kompagniechef Artur Köhler vom 176. Infanterieregiment wegen Mißhandlung Untergebener, im ganzen in über 100 Straffällen zu verantworten. Nach zweitägiger, unter Ausschluß der Oeffentlichkeit geführter Verhandlung erkannte der Gerichtshof auf sechs Monate Festungshaft und Dienstentlassung. — Tief bedauerlich ist, daß derartige Prozesse hinter verschlossenen Türen verhandelt werden. Den Soldatenschindereien wird dadurch ebensowenig vorgebeugt, wie durch so gelinde Beurteilung.

Ein „netter" Erzieher. Die Strafkammer in Hohensalza verurteilte den Lehrer Alfred Guenther aus Adlig-Brühlsdorf wegen Sittlichkeitsverbrechens nach § 174, begangen an Schulmädchen in der Schulklasse, zu drei Jahren Zuchthaus.

Literarisches.

In Freien Stunden. Eine Wochenschrift. Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer, G. m. b. H., Berlin. Jede Woche erscheint ein illustriertes Heft zum Preise von 10 Pfg. Als Hauptroman gelangt gegenwärtig der Abenteurerroman „Gold" von Friedrich Gerstäcker zum Abdruck, der in den Kreisen der Abonnenten mit großem Interesse gelesen wird. Probenummern stehen vom Verlag stets kostenlos zur Verfügung.

Die Reichsverbändler und ähnlich geartete Gegner der Sozialdemokratie versuchen es immer so darzustellen, als wenn in den Gemeinden und Städten, die eine sozialdemokratische Mehrheit in den Stadtverordnetenkollegien haben, die ärgste Mißwirtschaft herrscht. Die Kommunale Praxis — das sozialdemokratische Organ für Kommunalpolitik und Gemeindesozialismus — hat es unternommen, diesen unwahren Behauptungen entgegenzutreten. In einer am 20. September zur Ausgabe gelangenden Doppelnummer bringt die Kommunale Praxis ausführliche Arbeiten über die Tätigkeit der Gemeinden in den Städten und Landgemeinden, in denen die Sozialdemokratie die Mehrheit besitzt. Diese tatsächlichen Mitteilungen — die ein beredtes Zeugnis für die Kulturarbeit der Sozialdemokratie sind — werden allen Freunden der Arbeiterbewegung ein ausgezeichnetes Material gegen die unwahren und entstellten Angriffe gehässiger Gegner geben. Die Sondernummer der Kommunalen Praxis wird aber auch allen denen willkommen sein, die das Bedürfnis haben, sich eingehend mit der Tätigkeit der Sozialdemokratie auf kommunalem Gebiet zu befassen und über die wirklichen Vorgänge wahrheitsgetreu orientiert zu sein. Die Abonnenten der Kommunalen Praxis erhalten die Doppelnummer im Rahmen des Abonnements. Im Buchhandel ist die Nummer 38/39 zum Preise von 1 Mark zu beziehen. Abonnements auf die wöchentlich erscheinende Kommunale Praxis nehmen zum Preise von 3 Mark pro Quartal alle Buchhandlungen, Postanstalten und Zeitungs-Expeditionen entgegen. Probenummern liefert kostenlos der Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H., Berlin. Da mit dem 1. Oktober ein neues Abonnement beginnt, können wir allen Interessierten nur empfehlen, die jetzige Zeit zu benutzen und ein Abonnement auf die wichtige Zeitschrift zu bestellen.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Verkauf lebender Butt
am Dienstag, dem 23. September
vormittags von 8 Uhr ab an der
Holstenbrücke,
Eutiner Brücke und
Hüxterforbrücke. 7082

:: Komitee- und Kommissionssitzungen ::

D. T. V.
Vorstands-Sitzung
am Dienstag, 23. September
abends 8½ Uhr
7092) **Der Vorstand.**

Die glückliche Geburt eines kräftigen Töchterchens erfreute **Carl Hudoffsky** und Frau Bertha, geb. Rothländer.
7091)

Unserm Freund **Fritz Mai** zu seinem Wiegenfeste ein donnerndes Hoch! (7072) Rate mal.

Gesucht zu sofort eine ordentliche Häushälterin.
7088) Brüderstraße 3a.

Solider nüchterner Arbeiter sucht Beschäftigung für die Abendstunden. Angebote unter **B 4** an die Expedition d. Bl. (7071

2 durcheinandergehende Zimmer mit Zubehör für einzelne Dame zum 1. Oktober gesucht. Ang. m. Preis unter **P H 19** an d. Exp. d. Bl. (7074

Zwei Sofas
ein schwarzes und ein rotbraunes, preiswert zu verkaufen.
7070) Elswigstraße 21a, part.

35 Pfd. reife Gurken
Pfd. 10 Pfg., zu verkaufen. (7077
Näheres Schneerstr. 3. Rensefeld.

Gutes Bett u. Sofa
zu verkauf. (7073) Webersir. 12, I.

Guterhaltene Kinderbettstelle und eine **Gaslampe** zu kaufen gesucht. Angebote unter **W C 14** an die Expedition dieses Blattes. (7078

Ein Jahrgang „Freya"
billig zu verkaufen.
7079) Glashüttenweg 17.

Für Brautleute. (7086
2 engl. **Bettstellen** mit Sprungfedermatratze u. **1 Diwan** zu verkaufen. Reelle Tapezierer- und Polsterarbeit.
C. Becker, Langer Lohberg 26.

Eine Kommode 7087
wegen Mangel an Platz preiswert zu verkauf. Fackenburger Allee 52.

Eine Bettstelle
mit Seegrasmatratze billig zu verkaufen. (7094) Johannisstr. 46, II.

Guterhaltenes Fahrrad
mit Freilauf und Rücktrittbremse, Preis 30 Mk., zu verkaufen.
7089) Glockengießerstraße 23.

Ein großer Ziehhund
auch passend in Buttermühle, zu verkaufen. (7083) Schützenstr. 21a, I.

Eine junge Milchziege
zu verkaufen. (7080
Hilpert, Schönböcken.

Kaninchen mit Stall billig zu verkaufen (7081) 1. Wallstraße 15.

Gefunden eine Herren-Uhr
vor den Sindrhallen. (7093
Abzuholen An der Mauer 136.

Jeden Dienstag ff. Eimerbier.
C. Westfebling
Wahmstraße 73. (7095

Waisenhaus.

Die jährliche **Haussammlung** für das **Waisenhaus** beginnt Anfang September und wird durch die Boten **J. Busekist** und **L. Laakow,** welche Ausweiskarten bei sich führen, wahrgenommen.

Seit seinem **350jährigen Bestehen** ist das Waisenhaus durch **freiwillige Gaben** erhalten worden. Wir bitten daher, auch diesmal unserer Anstalt freundlichst eingedenk sein zu wollen.

Jede Gabe wird dankbar entgegengenommen, da das **Waisenhaus fast auf die Mildtätigkeit angewiesen ist.** Dies gilt umsomehr, als die wachsenden, zum Unterhalte notwendigen Ausgaben schon seit einiger Zeit nicht mehr durch die regelmäßigen Einnahmen gedeckt werden können.

Lübeck, September 1913.
Die Vorsteherschaft des Waisenhauses.
6[illegible])

In unserem Verlage ist erschienen:

Hinrich Paternostermaker

Ein dunkles Blatt aus der lübeckischen Geschichte des 14. Jahrhunderts.

Von Theodor Schwartz. Preis 60 Pfg., geb. 1 Mk.

Jedem Freunde der älteren Geschichte Lübecks sehr zu empfehlen.

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Vorwärts Bibliothek
Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk

Erweckt Ein Roman aus dem Proletarierleben von A. Ger

Der Ausweg Eine Erzählung von Ernst Preczang

Das Land der Zukunft Reisebeschreibung von Leo Kolisch Mit einer Einleitung von Paul Göhre

Verschrobenes Volk von R. Grötzsch.

Der Prinzipienreiter Eine Erzählung aus dem Jahre 1848 von Wilhelm Blos

In den Tod getrieben Zwei Erzählungen v. Ernst Preczang

Der Pariser Garten und anderes. Von Minna Kautsky

Mutter Ein Frauenschicksal von Joh. Ferch

Jeder Band gut gebunden 1 Mark
Die Vorwärts Bibliothek ist die geeignetste Unterhaltungslektüre für jede Arbeiterfamilie

Zu beziehen durch Friedr. Meyer & Co., Lübeck.

Jeder der sich und die Seinen weiterbilden und seine Bücherei auf billigste Weise (40 Pf. im Monat) vermehren will, trete dem weit über 100 000 Mitglieder zählenden

Kosmos, Gesellschaft d. Naturfreunde (Sitz Stuttgart) bei. Für den geringen Jahresbeitrag von

nur M 4.80

(dazu im Buchhandel 20 Pfg. Bestellgeld, durch die Post d. Porto) **erhält man kostenlos:**
1. die reichillustrierten Monatshefte

Kosmos, Handweiser f. Naturfreunde mit den Beiblättern:
Wandern und Reisen — Wald und Heide — Photographie und Naturwissenschaft — Technik und Naturwissenschaft — Haus, Garten und Feld — Natur in der Kunst — Natur und Heimatschutz.
2. Auskünfte, Vergünstigungen bei Bezug von Büchern, Mikroskopen, b. Vorträgen u. Kursen etc.
3. ohne jede Nachzahlung

fünf wertvolle Bücher

erster Schriftsteller; im Jahre 1913: W. Boelsche, Festländer und Meere; Dr. K. Floericke, Einheim. Fische; Dr. Ad. Koelsch, Der blühende See; Dr. H. Dekker, Vom sieghaften Zellenstaat; Dr. A. Zart, Atome und Moleküle.

Eintritt jederzeit! Anmeldungen nimmt jede Buchhandlung entgegen, wo keine solche, wende man sich an den „Kosmos", Stuttgart.
Probehefte und Prospekte postfrei!

Faust.

Tragödie von F. v. Goethe. (I. Teil).

Zu der Vorstellung des Arbeiter-Bildungsvereins am Sonntag, 5. Oktober, sind Bücher à 20 Pfg. bei uns zu haben.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Vereinigte Butterhändler von Lübeck und Umgeg.

Allerfeinste Meiereibutter
kostet Pfd. **1.50** Mk. (7085

Heute prima
Zwetschen
10 Pfund **80** Pfg.,
Birnen zum Einkochen, 10 Pfd. **1.25** Mk.
empfiehlt 7068
Wilh. Süfke, Warendorpstr. 25.

Bestes **Ragoda** Schnell-Wasch-Mittel
Ohne Chlor. Garantiert unschädlich. Schneeweisse Wäsche.
Ueberall zu haben. 1 Pfd. nur 55 Pfg.
Zur Einführung bis Ende 1914 gegen ausgeschn. Gutscheine von
5 Pfd.: 1 **Taschenmesser** oder 1 **Schere** usw. (1823
10 „ 1 echt silb. Kollier, 3 Neusilber-Eßlöffel usw.

Weck-Uhren
6763) Mehrjährige Garantie.
Reparatur. vorherige Preisangabe.
H. Schultz, Uhrm. u. Goldschm., ob. Johannisstr. 20.

Holzarbeiter-Verbd.
Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
am Dienstag, 23. September
abends 8¼ Uhr.
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.

Tages-Ordnung:
1. Fragen des Tarifs.
2. Kartellbericht.
3. Verschiedenes.

7084) **Die Ortsverwaltung.**

Neues Stadttheater.
Montag, den 22. September:
6. V. i. Voll-Ab. 1. V. i. Mont.-Ab.
Anfang 8 Uhr. Ende nach 10 Uhr.
Kammermusik.
Lustspiel von Ilgenstein.
Mittelpreise. (7075
Dienstag, den 23. September:
7. V. i. Voll-Ab. 2. V. i. Dienst.-A.
Anf. 7½ Uhr. Ende gegen 10½ Uhr
Fidelio.
Oper von Beethoven.
Große Preise.
Mittwoch, den 24. September:
Außer Abonnement. Mittelpreise
Anfang **8¼** Uhr.
Ende gegen 11 Uhr.
Ein Walzertraum
Operette von Oskar Strauß.

Dicke Rippen.
Kopf u. Bein Pfd. **25** ₰
Kochrippen Pfd. **30** ₰
Eisbeine Pfd. **60** und **50** ₰
weiß. Schmalz b. Abn. v. 2 Pfd. Pfd. **80** ₰
Karl Lahrtz, Böttcherstr. 14-16
vorm. **M. Lahrtz.** (7090

Leere Farbetonnen
vorrätig.
Expedition d. „Lüb. Volksboten".

Blondes Haar

dunkelt nach, was auf die übermäßige Fettabsonderung, dem Anlegen von Staub und Schmutz zurückzuführen ist. Wie leicht kann diesem Uebel vorgebeugt werden, wenn man das so beliebte millionenfach erprobte

Kamillen-Shampoon mit dem schwarzen Kopf
abwechselnd mit
Ei-Shampoon mit dem schwarzen Kopf

wöchentlich zweimal regelmäßig anwendet.

Die Haare werden von Unreinigkeiten befreit, die schöne, natürliche Farbe tritt in ihre Rechte.

Der Erfolg, den unser allseitig bekanntes und beliebtes **Kamillen- und Ei-Shampoon mit dem schwarzen Kopf** tagtäglich erzielt, zeigt sich am besten darin, daß eine Unzahl Nachahmungen von recht zweifelhafter Natur in den Handel gebracht werden, weshalb man beim Einkauf besonders auf die nebenstehende Schutzmarke achten möge. — Unser **Kamillen- und Ei-Shampoon mit dem schwarzen Kopf** ist ein mildes, durchweg einwandfreies Präparat, während, wie die Untersuchungen ergeben haben, die Nachahmungen oft ätzende Stoffe enthalten und so statt einer rationellen Haarpflege den Haarausfall befördern. — **Kamillen- und Ei-Shampoon mit dem schwarzen Kopf** ist in Original-Paketen à 25 Pfg., (7 Pakete M. 1.50) in allen Apotheken, Drogerien und Parfümerien erhältlich.

Schutzmarke.

Alleinige Fabrik.: **Hans Schwarzkopf,** G. m. b. H., **Berlin N. 37.** 7076

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 222. Montag, den 22. September 1913. 20. Jahrg.

Sozialdemokratischer Parteitag zu Jena.

C. B. Jena, 19. September.

Fünfter Verhandlungstag.
(Vormittagssitzung.)

Vors. Ebert eröffnet die Sitzung um 9 Uhr. Folgendes Telegramm ist an den Parteitag eingegangen:

„Das Altonaer Bürgertum hat gestern unter Führung des liberalen Bürgermeisters Schnackenburg die Wahlrechtsverschlechterung, die der Arbeiterschaft den Weg zur Mehrheit versperren soll, in der rücksichtslosesten Weise durchgesetzt. (Pfuirufe.) Der von Waldstein und Löwenthal vertretene Freisinn hat dazu seine Hilfe gewährt. (Erneute Pfuirufe.) Möge die Jämmerlichkeit des Liberalismus das Bewußtsein des Parteitages stärken, daß die Befreiung der Massen nur das Werk der Massen selber sein kann.“ (Lebh. Zust.)

Vors. Ebert bittet, die Vorschläge zur Wahl der Parteileitung bis 10 Uhr vormittags einzureichen, damit am Beginn der Nachmittagssitzung die Stimmzettel eingesammelt werden können.

Hoch-Hanau (zur Geschäftsordnung): Der Kandidat, auf den sich schon eine große Anzahl von Genossen geeinigt hatte, ist leider heute zurückgetreten. Lassen Sie uns Zeit, uns über einen neuen Vorschlag zu verständigen. Wir haben ja noch nie so früh gewählt. (Sehr wahr!)

Vors. Ebert: Wir haben unter Singers Vorsitz sehr oft dieses Verfahren eingeschlagen. Der Parteitag darf keinesfalls auseinandergehen, ehe das Resultat der Vorstandswahl festgestellt ist.

Auer-München: Es lag ja nicht nur ein Vorschlag vor, sondern sehr viele Vorschläge. Die Gruppe Hoch hat wirklich genug Sonderkonferenzen abgehalten, daß wir nicht noch auf eine neue zu warten brauchen. (Beifall und Unruhe.)

Hoch: Man muß uns Zeit lassen, uns in der Mittagspause zu verständigen. Es liegen zwar viele Vorschläge vor, aber doch tatsächlich nur zwei Richtungsvorschläge. Sonderkonferenzen haben meines Wissens nicht stattgefunden. (Htkt. und Widerspruch.) Wer das Gegenteil behauptet, sagt eine Unwahrheit.

Vors. Ebert: Also verlängern wir die Frist für die Einreichung der Vorschläge bis nachmittags 3 Uhr.

Adolf Hoffmann: Nein, bis 3½ Uhr. (Gr. Htkt.) Um 3 Uhr sind wir ja noch gar nicht wieder hier. Wählen können wir überhaupt erst morgen, weil wir heute abend noch zu den Vorschlägen Stellung nehmen müssen. Wir protestieren gegen den Ueberrumpelungsversuch.

Vors. Ebert stellt mit Einverständnis der Parteitages fest, daß zu Beginn der Nachmittagssitzung die Vorschlagsliste geschlossen wird.

Riesberg-Osterrode zieht seine Unterschrift zur Resolution 114 zurück. (Heiterkeit.)

Als zweiter Referent zur Steuerfrage erhält das Wort

Dr. Südekum: Ich freue mich meiner Aufgabe, denn es ist schön, über Erfolge berichten zu können, und unberechtigte Angriffe zurückzuweisen, deren Ziel seit Wochen die Reichstagsfraktion gewesen ist. Daß diese Angriffe zum Teil von der, um mit Rühle geschmackvoll zu reden, „zähneknirschenden Minderheit“ ausgegangen sind, macht sie nicht richtiger. Um zu begreifen, was wir geleistet haben, müssen Sie einen Blick auf die Geschichte des Reichssteuerwesens werfen. Wir kennen im Reich keinen Eid auf die Verfassung, kein verantwortliches Ministerium, kein einheitliches politisches Prinzip. Das Reich ist zusammengeflickt aus monarchischen, republikanischen und feudalständischen Einzelstaaten, aus lauter historischen Ueberbleibseln. Bismarck hat die Entwicklung zur Reichseinheit aus preußischem Partikularismus, und um Liberalismus und Sozialismus lahmzulegen, absichtlich unterbrochen. Bei der Verwirrung der Reichsfinanzen und der wachsenden Verschuldung des Reiches fanden weite Kreise der Agrarier und Kapitalisten ausgezeichnet ihre Rechnung. Schon lange, ehe Heydebrand ihn aussprach, herrschte der Grundsatz, das demokratische Reichsparlament dürfe nicht über das Portemonnaie der Reichen herrschen. Die alten klassischen Steuerideale des Bürgertums, daß nur die notwendigen Steuern bewilligt werden dürften, und die Steuern möglichst wenig in das freie Spiel der Kräfte eingreifen sollten, waren vollkommen vergessen. Jede Steuer wurde mit Nebenzwecken verbunden, brachte noch über die Tatsache hinaus, daß sie von Proletariern bezahlt wurde, den Kapitalisten regelmäßig besondere Zuwendungen. Eine solche außerordentliche Bereicherung der Kapitalistenklasse noch auf dem Gebiet des Steuerwesens kann nur dort verhindert werden, wo die Arbeiterklasse innerhalb und außerhalb des Parlaments Macht gewonnen hat. (Sehr gut!) In den ersten 40 Jahren deutschen Reiches haben nicht nur die, die die Steuern bewilligten, die anderen zahlen lassen, sondern sich regelmäßig auch noch Liebesgaben zugeschanzt. Das war die Politik der Gutgesinnten, der Patrioten, der Stützen von Thron und Altar, die ihren Höhepunkt im Zolltarif von 1902 und im großen Steuerraub von 1909 fand. Durch Liebesgaben und Ausfuhrprämien ist die Reichskasse im Laufe dieser Jahre seit 1878 um unmeßbare Summen, mindestens um 5 Milliarden Mark, geschädigt worden. (Hört, hört!) Bismarck hat die Zollsehnsucht der Großgrundbesitzer und Industriellen erst künstlich geweckt, um die alten Parteigruppen zu sprengen und sich bequeme Mehrheiten zu verschaffen. Seitdem hat das Zollwucherkartell der Großgrundbesitzer und Schlotbarone das ganze politische Leben tief herabgedrückt. Das Reich bekam in den Zöllen und indirekten Steuern ständig laufende Finanzquellen, die unkontrollierbar sind und auch gegen den Willen der Volksvertretung weiter fließen. Mit Grimm und Empörung mußten wir es mit ansehen, wie die herrschenden Klassen im Rohre der Steuermacherei saßen und sich Pfeifen schnitten. (Sehr wahr!) Kam es dazu, so band sie kein Wahlversprechen, kein Programm, sondern lockte sie nur das bare Geld. Die großen Kämpfe wurden nicht ausgefochten unter der Parole: Hie Industrie, hie Landwirtschaft! oder gar: Hie Kapitalismus, hie Sozialismus, sondern unter der Parole: Hie untergähriges Bier, hie obergähriges Bier, hie Spinner, dort Weber. Die weltbewegenden Auseinandersetzungen über das Schicksal unserer Kultur interessierten diese Mehrheit viel weniger, als die Festsetzung des Schnapskontingents. (Heiterkeit und Zust.) Diese skandalöse Zeit muß man miterlebt haben, um das ganze Elend der Reichssteuerpolitik, das Gaukelspiel gekaufter Mehrheiten, ermessen zu können. (Lebh. Zust.) Wie in Amerika drängten sich die Interessenten und Beutepolitiker in den Wandelgängen des Reichstages, daß man sich erst mit dem Ellenbogen den Weg durch die Privatinteressenten ins Sitzungszimmer bahnen mußte. (Hört, hört!) Aber still ist es geworden von der Drohung, die Reichsverfassung in Stücke zu schlagen, wenn das Reich direkte Besitzsteuern einführen wollte; nichts anderes als diese Drohung war die Erklärung Heydebrands, daß das Portemonnaie der Besitzenden niemals dem gleich- und geheimgewählten Reichstag ausgeliefert werden dürfe. Daran, daß es so gekommen ist, ist die so heftig angegriffene Dämpfungspolitik bei den Wahlen von 1912 schuld, die zum erstenmal ein Zusammenwirken der Arbeiterpartei mit einem großen Teile des liberalen Bürgertums gegen die egoistische Steuerpolitik der Junker und ihrer Mannen zu einem wirksamen Erfolg ermöglichte. Die Zukunft wird auch zu zeigen haben, ob die Interessenpolitik freigebig begönnerter Kreise auf dem Gebiet der Handelspolitik noch möglich ist und die hängt sicherlich auch von dem Ausgang dieser unserer Erörterung ab. (Sehr richtig!) Es ist nicht bedeutungslos, ob eine so schwache, schwankende Regierung, wie die unsere, bei dem ersten Versuch, ein langgeübtes verderbliches System aufzugeben, eine Mehrheit findet. Wird sie dabei im Stich gelassen, dann wird sie sofort unter die Fittiche ihrer früheren Schützlinge flüchten. (Sehr richtig!) Wenn wir in solchem Fall für eine Regierung, für ihr nützliches Werk eintreten, so billigen wir damit noch gar nicht ihre ganze Politik und stellen doch deshalb nicht den Kampf auf allen sonstigen Gebieten gegen sie ein. Schablonisieren läßt sich der Klassenkampf nicht. Darüber hat der alte Liebknecht ein kluges Wort geschrieben, der alte Liebknecht! (Heiterkeit.) Naturgemäß hat die große Vermehrung unserer Fraktion durch den Wahlsieg vom 12. Januar 1912 nicht nur unser Gewicht, sondern auch unsere Verantwortung erhöht. Wir durften uns nicht ausschalten lassen, (Sehr richtig!) es durfte nicht einmal einen Reichstag von uns 110 und dann einen Reichstag von den andern 287 geben. Dem Willen, uns von keiner wichtigen Entscheidung ausschalten zu lassen, entstammte die bekannte Erklärung Wurms zur Heeresvorlage 1912; sie gründete sich auf mindestens fast völlige Einstimmigkeit der Fraktion. Als nun die Regierung unter großem patriotischen Jahrhundertgetue die ungeheure Heeresvermehrung in diesem Jahr verlangte, da konnte sie nicht mehr wie einst, von Anfang an daran denken, die Kosten auf die Volksmassen zu wälzen, wenigstens nicht in der Hauptsache. Auch das ist eine Folge des 12. Januar 1912. (Sehr richtig!) Aller Patriotismus hinderte die Konservativen und die Rüstungsenthusiasten im Zentrum und bei den Nationalliberalen nicht, der von der Regierung in Aussicht genommenen Heranziehung des Besitzes zur Kostendeckung zu widersprechen. Die Möglichkeit einer Reichstagsauflösung erschien auf dem Horizont. Nach dem Willen der Gegner der Besitzbesteuerung sollten die Neuwahlen unter der Rüstungsparole des Schreckens vor Franzosen und Russen durchgekämpft werden, nicht aber unter einer Steuerparole; es sollte ein Block gegen uns und die bürgerlichen Gegner des konservativen Plans, die Fortschrittler, einige Nationalliberale und einem kleinen Teil des Zentrums, der späterhin übrigens völlig seine eigene Meinung verließ, geschmiedet werden. Eine solche Wahlparole aber war nur möglich, wenn die Regierung auch aus den Händen derselben Mehrheit die Heeresvermehrung und die Kostendeckung entgegenzunehmen entschlossen war. Die Rüstungsmehrheit hätte natürlich die Kostendeckung in ihrem Sinn, unter Wahrung der Interessen des Portemonnaies der Besitzenden, gestaltet, d. h. den Besitz geschont, die Massen belastet und, was dem Zentrum die Hauptsache war, dieses wäre nach solchen Neuwahlen, so hoffte es, wieder zur ausschlaggebenden Partei geworden und hätte nach Belieben einmal eine Mehrheit nach rechts und einmal eine nach links bilden können. — Bei der Schilderung der weiteren komplizierten Entwicklung des Deckungsproblems erklärt der Redner, daß kein Mitglied der Fraktion gegen das Eintreten für die Besitzbesteuerung gewesen sei, auch Geyer nicht, der jetzt offenbar wieder umgelernt habe. Ich vermisse in der ganzen Diskussion überhaupt, daß auch nur einmal und irgendwo ein Weg gewiesen worden wäre, wie man auf andere Weise, als wir es getan haben, das Ziel der möglichsten Bepackung des Besitzes mit den Kosten der Heeresvermehrung, die wir leider nicht zu Falle bringen konnten, hätte erreichen können! (Sehr wahr!) Die erste Regierungsfassung des Wehrbeitrags ließ alle sozialen Verschiedenheiten außer Betracht. Uns ist es gelungen, den Kreis der gesamten Steuerpflichtigen zu verkleinern, dabei aber das Vermögen und Einkommen der besser Situierten in stärkerer Progression heranzuziehen. So haben wir — wenn auch vorläufig nur auf drei Jahre, wir würden ja eine längere Dauer wünschen! — die direkte Reichsvermögenssteuer bis zu dem, in der Welt sonst nirgendwo anzutreffenden Satz von 8 Proz und dem 30fachen Ertrag der preußischen Ergänzungssteuer ansteigend. Einsichtigere Beurteiler aus dem Bürgertum, so van der Borght, und selbst der Landtagsabgeordnete Savigny vom Zentrum beurteilen den Wehrbeitrag ganz so, wie wir und wie er zum großen Teil durch uns gestaltet worden ist. Wiederholt haben konservative Vertreter in der Steuerkommission ihre Entrüstung über den Wehrbeitrag ausgesprochen. Jeder unserer Kritiker sollte einmal die Rede des Grafen Westarp gehört haben, die derselbe in der Schlußberatung des Wehrbeitrages gehalten hat. Da hat er gesagt,

---

Das ewige Gericht.

Roman von Max Treu.

(28. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Sie erfahren alles früh genug, lieber Freund! Mein Chef war in Verlegenheit, er wußte nicht, was er sagen sollte. Da sagte ich, daß der Chef von meiner Vergangenheit nichts wisse, daß ich aber mit dieser Vergangenheit völlig abgeschlossen habe, wie der Chef bezeugen werde, und daß — daß Sie mein Freund seien. — Ob ich mit Ihnen verlobt sei? fragten die Mütter. Ich antwortete: Nein! Ob es wahr sei, daß Sie im Zuchthaus gewesen wären? Da antwortete ich kein Wort mehr, schweigend verließ ich das Zimmer und erklärte dem Chef brieflich, daß ich um des lieben Friedens und um des guten Rufes seiner Firma willen sein Geschäft sofort verließe; als Verderberin der guten Sitten junger Mädchen könne ich mich nicht hinstellen lassen. So ging ich aus dem Hause, in dem ich nur Liebes und Gutes erfahren, und in dem ich mich Stufe für Stufe aus tiefem Fall emporgearbeitet habe.“

Ein leises Schluchzen drang jetzt aus ihrer Brust.

„Weinen Sie nicht, Marie!“ bat er. „Es zerreißt mir das Herz! Es wird ja noch alles, alles wieder gut werden!“

Sie schüttelte sich, als ob ein Frost über sie hinlaufe. Dann nahm sie wieder das Wort:

„Das geschah gestern abend! Heute morgen erscheint ein Kriminalbeamter bei mir und fordert mich auf, mit zur Polizei zu kommen. Ich folgte ihm. Dort eröffnete man mir, daß eine Denunziation gegen mich eingegangen sei, in der ich eines unsittlichen Lebenswandels beschuldigt würde, und daß die angestellten Ermittelungen die Richtigkeit der Beschuldigung zum großen Teil ergeben hätten; mir wurde eine polizeiliche Verwarnung erteilt und die Hoffnung ausgesprochen, daß ich insbesondere allen Verkehr mit Ihnen abbreche. Ich wisse wahrscheinlich gar nicht, welch ein gemeingefährlicher Mensch Sie seien. Und als ich erklärte, daß ich Sie genau kenne, viel besser vielleicht, als die Herren selbst, da meinte man, daß man sich umsomehr über meinen Verkehr mit Ihnen verwundere.“

Sie schwieg.

„Und was taten Sie dann, Marie?“ fragte er und hielt angstvoll den Atem an.

„Ich? Ich habe die Herren bei ihrer Verwunderung gelassen und bin sofort zu Ihnen gefahren!“

„Vielen, vielen Dank, daß Sie das taten! Beantworten Sie mir nur die eine Frage noch: Haben Sie Vertrauen zu mir?“

„Ja,“ sagte sie leise.

Da ergriff er ihre beiden Hände und preßte sie gegen seine Brust.

„Hören Sie, wie stark mein Herz schlägt?“ fragte er.

Im selben Augenblick sprangen beide erschrocken empor, hochauf flatterte das Vögelchen im Käfig, um dann sofort regungslos niederzufallen.

Ein Stein war durch das Fenster geflogen, hatte die Scheibe zertrümmert und den kleinen Gesellen im Käfig tödlich getroffen.

„Karneval!“ rief eine gellende Stimme von unten.

Im Nu war Haltmann am Fenster. Er erkannte fünf bis sechs offenbar vermummte Gestalten, die dort unten standen und miteinander sprachen.

Und wieder erschallte der schrille Ruf:

„Karneval! Die Maske vor, Du alter Zuchthäusler!“

Mit aller Kraft rief Haltmann hinunter:

„Ich kenne Dich, Robert Altes! Dich und Deine Bubenstreiche schützt die Maske nicht!“

„Seht Ihr ihn da oben stehen, den hochmütigen Gesellen?“ rief wieder dieselbe Stimme. „Das ist er, der Ehrenmann, und da neben ihm steht seine ihm ebenbürtige Braut!“

Ein Hohngelächter von unten herauf. Ein Wutgeschrei aus Haltmanns Munde. Dann folgte ein Steinhagel gegen die Fenster, daß sie klirrend niederfielen, keine Scheibe war mehr unversehrt.

Schon hatte Haltmann den Revolver in der Hand.

„Geht zurück oder ich schieße!“

Da legte sich eine weiche Hand auf seinen Arm, und eine tonlose Stimme sagte:

„Du sollst nicht töten!“

Und wie er den Klang dieser seelenlosen Stimme hörte, da ließ er den Revolver sinken und stand starr, wie ein Steinbild, vor dem Fenster.

Ohne sich zu regen, hörte er aufs neue jene Stimme von unten:

„Seht Ihr seine Dirne? Ha, sie passen zusammen! Treibt doch das verworfene Weibsbild aus der Stadt hinaus!“

Und wieder prasselten die Steine gegen das Fenster. Jetzt plötzlich ertönte ein leiser Schrei, der Haltmann aus seiner Starrheit aufschreckte. Er wandte sich um, gerade rechtzeitig, um Marie aufzufangen, von deren Stirn das Blut langsam sickerte.

Regungslos lag sie in seinen Armen. Er trug sie zum Bett und legte sie dort nieder. Sie öffnete die Augen, sie sah ihn mit seltsamem, geheimnisvollem Blick an, und leise, mit ersterbender Stimme flüsterte sie:

„Die Stunde ist da!“

Wie ein Wahnsinniger war Haltmann davongestürzt, nachdem er die Verwundete der Wartung der Frau Waldmaier anvertraut hatte, die mit allen Zeichen des Entsetzens über das Steinbombardement in das Zimmer getreten war. Nur ein paar Worte an die alte, liebe Frau, dann raste Haltmann davon.

Als er aus der Haustür trat, sah er keinen einzigen der Friedensstörer mehr; ringsum nur Nacht und Schweigen. In atemlosen Lauf eilte er der Stadt zu. Ueberall schon heute am Samstag abend die ersten Zeichen des Karnevals. Lauter bunte Masken, Erwachsene und Kinder, klappernde Pritschen, kecke Spottverse. Der fast Sinnlose hatte keinen Sinn für alles; zu einem Arzt eilte er, erzählte alles, was geschehen und bat, sofort zu der Verletzten zu eilen.

Dann jagte Haltmann weiter. Auf dem Marktplatz fand er, was er suchte: einen Polizisten. Es war derselbe, der damals am Bahnhof dazwischengetreten war, und den er, Karl Haltmann, nach Aussage des Bürgermeisters beleidigt haben sollte.

„Es ist ein Verbrechen geschehen!“ sagte er, mühsam nach Luft ringend, zu dem Beamten.

Der sah den Sprecher zweifelnd an.

„Was denn?“

„Man hat mir die Fenster eingeworfen und jemand, der mich besuchte, ist dabei von einem Steinwurf verwundet worden!“

„Wird wohl so schlimm nicht sein. Gehen Sie — ins Polizeibureau und machen Sie Anzeige!“

Haltmann stürzte davon. Das Polizeibureau war schon geschlossen; so jagte er wieder zu dem Beamten zurück und teilte ihm das mit. Der zuckte die Achseln.

„Ja, dann ist eben heute nichts mehr zu machen! Da müßten Sie höchstens in die Privatwohnung des Herrn Bürgermeisters gehen —“

Haltmann hörte aber nichts mehr. Schon war er weiter, nach der Wohnung des Bürgermeisters, der, wie in allen kleineren Städten, gleichzeitig Vorstand der Polizeiverwaltung war. Er traf den behäbigen Herrn gerade beim Nachtessen.

„Na, Haltmann, da sind Sie ja!“ sagte das Stadtoberhaupt ärgerlich. „Sie hätten sich auch eine andere Stunde aussuchen können. Wollen Sie nach Amerika?“

„Eine Anzeige will ich machen! Man hat mir die Fenster eingeworfen und jemand, der bei mir zu Besuch war, ist dabei durch einen Steinwurf sehr schwer verwundet worden!“

Der Bürgermeister machte ein Gesicht, als wolle er sagen: „Siehst du, das habe ich längst gewußt! Warum hast du alles besser wissen wollen?“

Aber das sagte er nicht. Seine Entgegnung an Haltmann klang fast spöttisch:

„Ein Verbrechen? Na, wenn einem mal die Fenster eingeworfen werden, so ist das eben noch kein Verbrechen! Und verwundet ist jemand? Ja, wer hat Sie denn besucht? Wer ist denn der Täter?“

„Robert Altes!“

„Woher wissen Sie das?“

„Weil ich seine Stimme erkannt habe!“

(Fortsetzung folgt.)

es sei der erste Schritt zum demokratischen Einheitsstaat und ein glänzender Triumph der Sozialdemokratie. (Hört, hört!) Wir wollen von den Ausnahmen zur Regel, von der Improvisation zur Reform. Wir protestierten von Anfang an dagegen, daß sich die besitzenden Klassen mit dem Milliardenopfer von dauernden Besitzsteuern loskauften. Gewiß bevorzugt der Wehrbeitrag den ostelbischen Großgrundbesitz, aber dagegen können wir später noch mit Hilfe der Kleinbauern Sturm laufen. Durch einen ingeniösen Vorschlag unseres Genossen Hase ist die Steuerpflicht der Fürsten prinzipiell festgelegt worden. Keiner kann mehr mit einer Fünfpfennigmarke ein freiwilliges Opfer bringen. Alles, was jetzt die offiziöse Presse schreibt, ist dummes Zeug. (Sehr wahr!) Auch für die dauernden Besitzsteuern werden die Fürsten schließlich bitten, bezahlen zu dürfen; denn die alljährlichen Debatten darüber werden das monarchische Gefühl verflucht wenig stärken. Nun zu den dauernden Ausgaben! Die Regierung wollte die Frage landesgesetzlich regeln. Das hätte eine Belastung des Arbeitseinkommens bis herunter zu 200 Mark oder 300 Mark ergeben. Wir haben die Reichsvermögenszuwachssteuer mit Besteuerung des Kindeserbes durchgesetzt. Eine solche Belastung des Vermögens mit 25 Proz. hätte in Deutschland noch vor wenigen Jahren für unmöglich gegolten. Jedem künftigen Bedarf kann man diese Besitzsteuern kinderleicht anpassen. Die theoretische Höchstbelastung einer Erbschaft beträgt jetzt 32,05 Proz.; das ist nicht wenig. Wenn z. B. die Familie Krupp ausstirbt und ihr Vermögen an den österreichischen Zweig fällt, müßten von 250 Millionen Vermögen 85 Millionen Erbschaftssteuer gezahlt werden. Schon Wurm hat den Gedankengang der Resolution Luxemburg-Geyer mit der gebührenden Schärfe zurückgewiesen, um unseren politischen Ruf und unsere parlamentarische Betätigungsmöglichkeit zu retten. Wenn es wahr wäre, daß direkte und indirekte Steuern ganz gleichgültig wären, daß schließlich doch alles auf die Arbeiter abgewälzt werde, dann müßten wir durch 40jährige sozialdemokratische Propagandaarbeit einen Strich machen. (Sehr wahr!) Diese Kritiker müßten eine Aenderung des Parteiprogramms beantragen, nicht der Fraktion den Vorwurf machen, weil sie auf dem Boden des Parteiprogramms gestanden hat. (Sehr gut!) Auch der Einwand ist unrichtig, daß wir eine bewährte Taktik verlassen haben. Das „Hamburger Echo" hat sich das Verdienst erworben, nachzuweisen, daß wir alle bis 1913 stets so gehandelt haben, wie bei den jüngsten Abstimmungen. Auch Genossen, die jetzt unsere eifrigsten Kritiker sind, haben sich, ohne es zu merken, bis zum 1. März 1913, bis zur Unterzeichnung des deutsch-französischen Manifestes (Sehr gut!) in der Wüste des Unglaubens herumgetrieben. (Heiterkeit.) Dieser Nachweis ist gar nicht zu erschüttern, die Kontinuität der Parteipolitik blieb gewahrt. Aber entscheidend ist dieser Gesichtspunkt nicht. Auch wenn wir bisher anders verfahren wären, hätten wir so handeln müssen, wie wir es getan haben. (Sehr wahr!) Wir sind keine Partei von Antiquaren. (Heiterkeit.) Die Zeiten ändern sich und wir mit ihnen. Wir dürfen uns nicht durch Autoritäten auf eine überlebte Taktik festlegen lassen. Eine Taktik ist noch nicht richtig, weil sie alt ist. Wir müssen uns auch von dem trügerischen Vorurteil befreien, daß die Taktik der Fraktion schon deshalb falsch war, weil sie Erfolg gehabt hat. (Heiterkeit.) Entgegen Wurm mußten wir auch für den Wehrbeitrag stimmen; denn er war ohne uns gefährdet. Weite Kreise der Besitzenden hätten die Anleihe vorgezogen. Erzberger hat in einer Broschüre nicht ohne Grund vor den Folgen des Wehrbeitrages graulich gemacht; der Weg der Anleihe sei nun verrammelt und bei jeder künftigen Wehrvorlage werde man auf den Gedanken des Wehrbeitrags zurückgreifen. Hätten wir nicht von vornherein mit aller Kraft den Mut der Konsequenz an den Tag gelegt, unsere eigenen Forderungen zu unterstützen, hätten sich die kapitalistischen Kreise zum Widerstand gegen den Wehrbeitrag organisiert und dann hätte die Entscheidung auf Spitze und Knopf gestanden; dann hätten wir plötzlich erscheinen und den gefährdeten Wehrbeitrag retten können, auf Grund des Wurmschen Notwehrrechts. Aber warum sollten wir den Wehrbeitrag erst gefährden, um ihn nachher retten zu können. (Sehr gut!) Niemand wollte ja ernsthaft das Scheitern des Wehrbeitrags; warum sollten wir also nicht für die Durchführung einer Programmforderung der Sozialdemokratie von vornherein und bis zum Ende eintreten? (Sehr gut!) Ich wünschte, wir könnten immer ein so kleines Uebel wählen. Ganz sinnlos erscheint mir der Vorschlag der Stimmenthaltung; klare Stellung ist in so wichtigen Fragen nötig. (Sehr wahr!) Einige Kritiker bewegten sich nicht in den Niederungen der Taktik, sondern auf dem steilen First des Prinzips. Das ist Geyer und seine Gruppe nicht von 114, sondern auf 114. Er hat sich dafür von der „Bremer Bürgerzeitung" die ironische Abfertigung gefallen lassen müssen, man solle trotz dieser antiparlamentarischen Rückfälle nicht annehmen, daß Geyer sich zum Anarchisten gemausert habe. Ei Herrchäßes! (Schallende Heiterkeit.) Wer hätte das von Fritz Geyer vermutet, der noch 1908 und 1909 die Haltung der Fraktion so beredt verteidigt hat. Ein Vertreter des dritten Geschlechts, der teils taktisch, teils prinzipiell in den letzten Wochen immer neue Fehler an der Fraktion entdeckt hat, ist Genosse Hoch. Daß sein Name nicht unter dem Antrag 114 steht, zeigt, daß er doch mehr von der Frage versteht, als manche Leute, die gutgläubig ihren Namen unter diesen Antrag gesetzt haben. (Heiterkeit.) Es war die „Leipziger Volkszeitung", die die erzieherische Wirkung der neuen Steuern auf die bisher skrupellos imperialistischen Mittelschichten betont. Gerade die „Leipziger Volkszeitung" hat betont, daß die neuen Finanzgesetze ein Bruch des bisherigen Systems seien. In der Tat hat eine neue Aera der Reichsfinanzpolitik begonnen. Daß wir dafür mit Kraft und Geschick gewirkt haben, dafür verlangen wir Ihre Zustimmung. Und wir wollen für unsere Haltung eine überwältigende Mehrheit, damit die bedauerliche Wirkung der Kritik an der Fraktion wettgemacht wird, welche den agitatorischen Wert unserer Tätigkeit zu schädigen droht. (Sehr wahr!) Direkte Reichssteuern waren unser Schlachtruf, unser Siegesruf bei den letzten Wahlen. Sollten wir die eigene Agitation Lügen strafen und unser Parteiprogramm zerreißen? Das Vertrauen des Volkes ist ein kostbares und heiliges Gut, aber auch ein leicht zu verletzendes, daß wir uns wohl hüten müssen, es zu verschwenden oder zu vernichten. Wir haben immer so zu entscheiden, als ob von unsern Stimmen alles abhänge. Wir müssen mit klarem Entschluß und richtig erkanntem Verantwortlichkeitsgefühl handeln. So haben wir entschieden. So haben wir unsere Pflicht getan. (Stürmischer langanhaltender Beifall der Mehrheit.)

Vors. Ebert teilt mit, daß 32 Redner gemeldet sind, und schlägt vor, abwechselnd einen für und einen gegen die Resolution Wurm sprechen zu lassen.

Stadthagen (zur Geschäftsordnung): Der Vorschlag ist gut gemeint. Aber die Anhänger der Resolution Wurm haben schon 1½ Stunden Redezeit heraus.

Der Vorschlag Eberts wird mit großer Mehrheit angenommen.

In der Debatte erhält das Wort

Geyer-Leipzig: Das Referat Wurms hat mich schwer enttäuscht. Als Richtlinie in Steuerfragen können seine Leitsätze unmöglich gelten. Wir haben ja gar keine Zeit, die Frage theoretisch zu vertiefen. Eine Ergänzung des Programms muß doch ganz anders durchberaten und formuliert werden. Der Kern der Frage, an den ich mich allein halte, ist der: Dürfen wir für den Militarismus Steuermittel bewilligen? (Sehr wahr!) Wurm hat mit klarer Absicht nur die finanztechnische und nicht die politische Seite der Frage behandelt. Er hat sich auf eine Frage der Taktik zurückgezogen. Aber auch eine ganz verkehrte Taktik kann das Prinzip verletzen. Jede Taktik muß auf das Prinzip der Partei zugeschnitten sein. Wurm hat es so darzustellen versucht, als ob es sich nach Annahme der Militärvorlage nur noch um die Steuern handeln konnte. So steht es nicht. Von der Tatsache, daß wir Steuern für den Militarismus bewilligt haben, beißt die Maus keinen Faden ab. (Lebh. Zust.) Wenn wir dem Militarismus Steuern bewilligen, ist unser Kampf gegen den Militarismus nur noch Scheinkampf. Der Arbeiter hat gar keinen Vorteil davon, wenn wir den Reichen Geld für den Militarismus wegnehmen. (Sehr gut!) Man hat es als großen Erfolg der Fraktion gerühmt, daß die Regierung direkte Steuern forderte. (Zurufe: Mit Recht!) Wir sollen unsere Macht nicht überschätzen. Wir haben die ungeheuerlichste Militärvorlage, die es jemals gegeben hat, nicht verhindern können. Wurm hat sich in einem merkwürdigen Widerspruch bewegt; er bestreitet, daß, wenn nach Erledigung der Militärvorlage Steuern bewilligt werden, diese Steuern mit dem Verwendungszwecke nichts zu tun hätten; wenn wir aber indirekte Steuern durch direkte Steuern ersetzen wollen, wirft er uns vor, wir bewilligen dem Militarismus Geld. (Wurm: Ein Mißverständnis!) Wir wollen gewiß den Arbeiter entlasten, aber dem Militarismus keine Steuer bewilligen. Denn auch mit der Bewilligung von direkten Steuern für den Militarismus erleichtern wir nur die Einbringung neuer Militärvorlagen; die Erlangung von Mitteln macht ja keine Schwierigkeit mehr. (Lebhafte Zustimmung.) Je mehr direkte Steuern wir bewilligen, desto rascher folgen sich die Militärvorlagen. Die Regierung wäre ja töricht, wenn sie diese Situation nicht ausnützte. Sie wird sich hüten, Wehrvorlage und Deckungsvorlage durch ein Mantelgesetz zu verbinden; denn läßt sie sie unverbunden, so bewilligen wir ja die Deckung durch Besitzsteuern. Die Fraktionsmehrheit sollte doch nachdenklich werden, wenn sie die Stimmung der Genossen im Lande sieht. Die Kritik der Fraktion rührt doch nicht von bloßer Animosität her. Die Massen sind sich eben bewußt, daß die Fraktion noch niemals im Anschluß und Zusammenhang mit einer Militärvorlage neue Steuern bewilligt hat. Wenn früher dahingehende Erklärungen abgegeben wurden, so hat man doch stets kritisiert und mißbilligt. (Sehr wahr!) Aber die früheren Erklärungen haben wenigstens nie zu irgendwelchen praktischen Konsequenzen geführt. Daß indirekte Steuern gedroht hätten, ist eine Vermutung, die durch nichts gerechtfertigt wird; die Regierung hätte gar nicht gewagt, solche vorzuschlagen. (Zuruf: Viel Vertrauen!) 1908 war die Situation ganz anders; da lagen indirekte Steuerprojekte schon vor, die wir beseitigen wollten. Da hatten wir die Pflicht, auf ihre Ersetzung durch direkte Steuern hinzuwirken, und das habe ich auch im Reichstage erklärt. Aber für die Bewilligung der Deckung von Militärausgaben durch uns habe ich mich nie bereit erklärt. (Zuruf: Wir haben doch den Militarismus nicht erst seit gestern!) Wurm ist der letzte, der mir eine Meinungsänderung unterschieben und vorwerfen dürfte. Er hat auf dem Leipziger Parteitag erklärt: „Es ist grundfalsch, zu sagen, daß die besitzenden Klassen auf ihre Kosten so viel Schiffe bauen können, wie sie wollen. (Wurm: Sehr richtig!) Das Interesse der Arbeiterklasse am Kampf gegen den Militarismus ist das entscheidende. (Wurm: Sehr richtig!) Bei jeder Steuer muß vor allem auch der Verwendungszweck berücksichtigt werden. (Wurm: Sehr richtig!) Wir müssen alles ablehnen, was den Klassenstaat schützen könnte. (Wurm: Sehr richtig!) Der Kampf gegen die herrschende Gesellschaft muß unser leitender Gedanke bleiben. (Wurm: Das sage ich alles heute auch noch! — Heiterkeit.) In der Fraktion hat Wurm über die Entscheidung der Mehrheit geradezu getobt und erklärt, jetzt brauche sie nur noch „Heil Dir im Siegerkranz!" zu singen. (Große Heiterkeit. Widerspruch Wurms.) Wenn Wurm den Wehrbeitrag ablehnen und die Besitzsteuern annehmen will, so ist das ganz inkonsequent. Nicht seit 1909, sondern seit der letzten Fraktionssitzung hat Wurm sich vollkommen gewandelt. Ebenso hat Kautsky 1909 erklärt: „Wir dürfen niemals Steuern bewilligen zu Zwecken, die wir nicht wünschen." Der bürgerliche Staat wird niemals bereit sein, ein wirklich ehrliches, gesundes Finanzwesen einzuführen, eine gerechte Steuerverteilung ist im Klassenstaat unmöglich. Wir werden in Zukunft noch viel mehr neue indirekte Steuern bekommen, und da haben wir alles zu tun, daß die Massen begreifen, daß sie von diesem Staat keine Erleichterung ihrer Lage zu erwarten haben. Wir müssen mit aller Kraft auf die Beseitigung des kapitalistischen Systems hindrängen und ihm keinen Groschen bewilligen. Je näher wir dem Ziele kommen, um so einiger müssen wir unser Grundsätze erhalten. Das allein wird die Partei stärken. (Lebh. Beifall.)

Winnig-Hamburg: Als schlichter, in Reih und Glied fechtender Genosse frage ich mich, wie wirkt die Entscheidung der Fraktion auf die materielle Lage und die Stimmung des Volkes. Gerade Geyer als alter Tabakarbeiterführer sollte die Gefahr indirekter Steuern nicht so gering schätzen. Wären durch unsere Ablehnung der Besitzsteuern indirekte Steuern gekommen, könnten wir es vor dem Volke nicht verteidigen. Ohne unsere 110 waren aber direkte Steuern nicht durchzusetzen, die wir doch immer verlangt haben. Darum muß der Parteitag der Fraktion danken. Unser großer Erfolg wird das Vertrauen der Massen beleben. Mit Recht hat Bebel schon auf dem Parteitag in Halle 1890 gesagt, daß wir mit der Teilnahme an den täglichen Nöten und Leiden des Volkes uns sein Herz erobern. Daß wir die Kosten des Militarismus auf die Herrschenden legen, ist die beste Methode, den Rüstungswahnsinn zu dämpfen. Der Weg zur Einschränkung der Rüstungen geht nicht über die Friedenspaläste im Haag und nicht so sehr über den Baseler Münster als über die Finanzbudgets der Großstaaten. (Beifall.)

Hoch-Hanau: Alle Parteigenossen sind selbstverständlich einmütig in dem Bestreben, die Interessen des arbeitenden Volkes möglichst gut zu vertreten. Wir alle denken nur daran, wie wir die Arbeiter am besten entlasten und die Reichen belasten. Darüber brauchen wir gar nicht erst zu reden. Beide Referenten haben kein Wort von der entscheidenden Tatsache gesagt, von dem Umfall der Fortschrittler und Nationalliberalen in der Deckungsfrage, einer Handlung, wie sie schmählicher und arbeiterfeindlicher noch nicht vorgekommen ist. Die Mehrheit der Linken sollte die Steuern machen, und die Liberalen ließen sich anfangs nicht einschüchtern durch die Drohung des Zentrums, dann die Militärvorlage abzulehnen. Aber als wir unser möglichstes getan hatten, sie auf diesem Standpunkt festzuhalten, schalteten sie uns plötzlich aus, und machten die Steuern nach den Diktaten des Zentrums. Weil sie glaubten, daß wir unter allen Umständen die Steuern bewilligen, haben sie die Besitzsteuern skrupellos verschlechtert. Selbstverständlich hat die Stärke unserer Partei und unser großer Wahlsieg allein das Verdienst daran, daß wir überhaupt Besitzsteuern bekommen haben. Aber die Liberalen haben nachher unsere Stimmen verhandelt, ohne uns überhaupt zu fragen. Gewiß sind Besitzsteuern besser als Verbrauchssteuern, aber diese Besitzsteuern standen im engsten Zusammenhang mit der Militärvorlage, und der Kampf gegen die Militärvorlage mußte für uns die Hauptsache sein. Wir mußten das Zentrum zwingen, seine Drohung wahrzumachen, um seine Heuchelei zu enthüllen. (Richard Fischer: Wie konnten wir das erzwingen?) Indem wir uns die Besitzsteuern nicht vom Zentrum vorschreiben ließen. (Zust. und Lachen.) Wir haben verschiedene Richtungen in der Partei, und ich halte das für einen Segen. Aber darum soll man auch ehrlich aussprechen, daß die Mehrheit den Kampf gegen die Militärvorlage als aussichtslos aufgegeben hat, während wir meinen, daß eine Minderheit, die die Welt erobern will, den Kampf gegen das, was sie für verwerflich hält, mit aller Kraft und allen Mitteln führen muß, auch wenn das gefährlich ist. Wir mußten es der Mehrheit so weit wie möglich erschweren, ihren Willen durchzusetzen. Es ist formell und sachlich unmöglich, daß bei der Entscheidung über die Steuerfrage die Militärvorlage schon angenommen war. Die bürgerlichen Parteien hatten es durchgesetzt, daß die entscheidende Abstimmung über die Heeresforderungen erst vorgenommen wurde, als die Besitzsteuern schon feststagen. Da durften wir den bürgerlichen Parteien nicht nachlaufen. In einem neuen Kampfe um die Bewilligung der Mittel hätten wir gewiß nicht schlecht abgeschnitten. Die Regierung hat uns nur zugestanden, was sie uns zugestehen mußte. Wir hätten die Besitzsteuern ablehnen sollen, weil sie schlecht und mangelhaft waren, wir mußten für Besitzsteuern kämpfen, die die Finanzreformsünden von 1909 gutgemacht hätten. Das hätte unsere agitatorische Kraft gestärkt. Wir sollten nicht so kleinherzig sein: die Besitzsteuern waren Voraussetzung für das Zustandekommen der Militärvorlage, und deshalb hätten wir ihnen nicht zustimmen dürfen. Nach der Resolution Wurm müssen wir stets allen Besitzsteuern zustimmen, denn die Annahme der Militärvorlage ist immer sicher und indirekte Steuern drohen immer. Das hätte Wurm klar sagen sollen, statt es zu verhüllen. Seine Resolution besagt das Gegenteil von dem, was sie zu besagen scheint. (Sehr wahr!)

Pflüger-Stuttgart: Eine bessere Verteidigung der Fraktionsmehrheit als die durch den Minderheitsreferenten Wurm kann es gar nicht geben. Es ist unbegreiflich, warum die Genossen immer unsere eigene Arbeit und unsere eigenen Erfolge herabsetzen. Statt den Massen zu sagen, wie Großes unsere Fraktion erreicht hat, stellt man ihren Erfolg als eine Dummheit hin. In allen Wahlreden und Flugblättern haben wir direkte Steuern gefordert. Die Steuern wurden nicht für den Militarismus bewilligt, sondern an Stelle drohender indirekter Steuern. Jeder Kritiker hat eine andere Auffassung. Wir haben allen Grund, der Fraktion offen unsere Anerkennung auszusprechen. (Bravo!)

Rosa Luxemburg: Es war eine einzig dastehende Qual in einer hochwichtigen Lebensfrage der Partei, in der in der Fraktion zwei ausgesprochene Meinungen vertreten waren, zwei Redner einer Meinung, und gar keinen der entgegengesetzten Meinung zu hören. Die Qual wurde verschärft dadurch, daß der eine Referent die Ansichten verrissen hat, die er selbst noch vor wenigen Wochen vertrat. (Sehr wahr!) Es prasselte in seinem Referat nur von Worten wie „widersinnige Widersprüche" und „politischer Bankerott". Die Vorwürfe galten seinem früheren Gesinnungsgenossen. Wurm hat seine Hinrichtung an Wurm vollzogen. (Heiterkeit und Beifall.) Noch am 26. Juni hat er in der entscheidenden Fraktionssitzung gegen die Mehrheit geradezu getobt. Dafür sind ihm die schönsten Schmeicheleien dort an den Kopf geworfen worden. (Sehr wahr!) Seitdem ist in kurzen zwölf Wochen aus dem tobenden radikalen Saulus ein staatsmännischer Paulus geworden. (Wurm: Das ist ja alles nicht wahr!) Wir haben in der Partei manchen Gesinnungswechsel erlebt, schon mancher radikale Rote ist verblaßt. Aber ein solcher Wandel in zwölf Wochen ist noch nicht dagewesen. (Lebh. Zust.) Wir brauchen nur noch die Militärkapelle zu bestellen, die bei Annahme der Resolution Wurm „Heil Dir im Siegerkranz" spielt. (Große Heiterkeit.) Wurms Vorwürfe beweisen, daß er in dieser kurzen Zeit jedes Verständnis für die elementarsten Grundlagen der bisherigen sozialdemokratischen Taktik verloren hat. (Unruhe.) Die ersten zwei Sätze unserer Resolution enthalten nur die sozialistische Binsenweisheit, daß eine noch so künstlich gestaltete Steuer an der Grundlage der kapitalistischen Ausbeutung nichts ändert. Karl Marx hat schon 1850 dasselbe gesagt. Wegen der letzten Besitzsteuern ist ein Sums gemacht worden, als ob eine neue weltgeschichtliche Epoche anbräche. Die schlichten Arbeiter müssen ja denken, daß jetzt das Zeitalter des Sozialismus begonnen hat. (Lachen.) Südekum hat das unter Berufung auf den Grafen Westarp ja ausdrücklich gesagt. Demgegenüber haben wir die Massen sozialistisch aufzuklären, daß die scheinbaren Konzessionen der besitzenden Klasse an der kapitalistischen Ausbeutung gar nichts ändern. Gewiß sollen wir das kleinere Uebel wählen, aber was ist das kleinere Uebel? Der Verlust einer kleinen positiven Konzession oder die Preisgabe unserer Grundsätze? Unsere holländischen Genossen haben uns ja das Beispiel gegeben, lieber ein klerikales Ministerium zu riskieren, als in ein bürgerliches Ministerium einzutreten. Der Standpunkt der Fraktion führt logischerweise dazu, daß, wenn einmal der Krieg beschlossen ist, wir auch die Kriegskosten durch direkte Steuern decken helfen. Das ist eine schiefe Ebene, auf der es kein Halten mehr gibt. Darum will unsere Resolution einen Riegel vorschieben und sagen: Bis hierher und nicht weiter! (Stürmischer Beifall.)

Fortsetzung der Debatte am Nachmittag.

* * *

C. B. Jena, d. 19. Septbr.

Nachmittagssitzung.

Ebert eröffnet die Sitzung um 3 Uhr.

Die Debatte über die

Steuerfrage

wird fortgesetzt.

Persönlich bemerkt der Referent Wurm, daß er seine Meinung nicht in 12 Wochen, sondern in 5 Minuten geändert habe. Sobald er gehört habe, daß die Konservativen gegen die Besitzsteuern stimmen würden, sei er in der Fraktion sofort für deren Bewilligung eingetreten. Allerdings sei diese Fraktionssitzung sehr stürmisch gewesen.

Dr. David-Mainz: Genossin Luxemburg hat gemeint, das große Prinzip würde wohl eine kleine Konzession wert sein. Was das bedeutet, hat Geyer in Leipzig gesagt: „Wären denn 100 Millionen neue indirekte Steuern ein solches Unglück?" (Hört, hört! und Unruhe.) Genosse Geyer als Vertreter der Tabakarbeiter weiß gewiß, daß es kein großes Unglück wäre, wenn wieder Tausende von Tabakarbeitern arbeitslos würden. (Sehr gut! Zuruf: Lesen Sie doch weiter!) Jo, das will ich. Genosse Geyer hat hinzugesetzt, wenn die Massen hinter der Fraktion stünden, müsse man eine neue prinzipiell revolutionäre proletarische Partei gründen. (Gr. Bewegung. Zurufe: Hat er nie gesagt!) Hier liegt der Bericht des „Vorwärts", ist er falsch, so mag Geyer ihn berichtigen. Die Einleitung der Resolution Luxemburg (Genossin Luxemburg ruft: Resolution Geyer!) — Genossin Luxemburg, Sie haben bei dieser Resolution gewiß Geburtshelferdienste geleistet (Heiterkeit.) — zieht unserer ganzen Agitation gegen die indirekten Steuern den Boden unter den Füßen weg. Die Behauptung, daß doch die Arbeiter schließlich alle Lasten tragen, ist entweder eine Bankerotterklärung oder Unsinn. Sieht man genau zu, so ist die angeblich tiefere Weisheit nur höherer Blödsinn. (Sehr gut!) Es ist die Taktik politischer Waisenknaben. Unsere ganze Gegentendenz gegen die Tendenz des Kapitalismus, auch durch die Steuergesetzgebung nachträglich den Arbeitern noch einen Teil des Arbeitsproduktes abzujagen, würde dadurch lahmgelegt werden. Was würden denn die Anwälte des Kapitalismus sagen, wenn wir auf den Boden des Luxemburgischen Prinzips träten. Sie würden Arm in Arm mit uns begeistert alle Besitzsteuern ablehnen. Oder glaubt man wirklich, die Kapi-

talisten trachteten nach einem neuen Wehrbeitrag oder einer Erhöhung der Besitzsteuern. Der Enthusiasmus der besitzenden Klassen für neue Rüstungen ist durch die Steuergesetzgebung ganz bedeutend geschwächt worden. Der gemeinsame Aufruf der deutschen und französischen Fraktion gegen die Militärvorlage legt uns ausdrücklich die Verpflichtung auf, die Lasten möglichst auf die besitzenden Klassen zu legen. Das kann Geyer auf keine Weise aus der Welt schaffen. Wurms „Umfall" ist ganz falsch dargestellt worden. Zunächst ist das überhaupt kein Vorwurf.

Die durch Irrtum zur Wahrheit reisen
Sind die Weisen,
Die im Irrtum verharren,
Sind die Narren. (Heiterkeit.)

Aber Wurm hat tatsächlich niemals auf dem Geyerschen Standpunkt gestanden. Er hat immer die Theorie vom Verwendungszweck schroff abgelehnt. Auch Hoch hat den angeblichen „Kern" der Geyerschen Lehre längst als taube Nuß erkannt. Hoch hat sogar in der Dachdeckerzeitung die Fraktion gelobt, daß sie von den Arbeitern neue Lasten abgewälzt und die Besitzenden belastet habe. Hoch hat der Fraktion geraten, sie solle ihre ganze Taktik auf eine Erklärung der Zentrumsfraktion stützen. Auf eine Erklärung dieser ausgepichten Schüler der Jesuiten!? (Heiterkeit.) Wenn das Zentrum dann seine Erklärung nicht gehalten hätte, wären wir die blamierten Europäer gewesen, und die Wähler hätten uns gutgläubige Esel nicht wieder in den Reichstag geschickt. (Htkt.) Wie lag es denn im Reichstag? Als Mitte April im „Vorwärts" der Artikel erschien, der ankündigte, daß wir für Besitzsteuern eintreten würden, da zersplitterte sich die Zentrumspartei. Der aristokratische Flügel des Zentrums und die Konservativen wurden ausgeschaltet. Das übrige Zentrum machte mit den Liberalen das Kompromiß. Wir waren nicht ausgeschaltet, sondern hatten einen großen Erfolg ganz allein durch uns erzielt. Dieser Erfolg bringt nicht den Zukunftsstaat, aber die direkten Reichssteuern zum ersten Male im Reiche. Das Portemonnaie der Reichen ist trotz allen konservativen Widerstrebens dem Parlament des demokratischen Wahlrechts ausgeliefert worden. Die ganze Tendenz der Genossin Luxemburg geht darauf hinaus, das Parlament zu diskreditieren. Jeder Erfolg der Fraktion verursacht ihr immer Ärger, denn er geht gegen ihre Theorie. Danach darf, wie Genossin Luxemburg jüngst in Berlin gesagt hat, kein Erfolg auf parlamentarischem Gebiete mehr erreicht werden. (Widerspruch Rosa Luxemburgs.) Es steht wörtlich so im Bericht des „Vorwärts". Wären wir durch Ablehnung der Besitzsteuern zur Auflösung gekommen, so hätten wir den Wahlkampf in verhängnisvoller Situation führen müssen. Überall hätte man uns gesagt, warum wir das nicht gehalten haben, was wir versprachen. Überall hätte man, um endlich Besitzsteuern zu bekommen, Liberale oder Fortschrittler uns vorgezogen. Schon deshalb müssen alle, die in der praktischen Arbeit stehen, die Haltung der Fraktion billigen und dies auch durch ein klares Votum zum Ausdruck bringen. (Stürmischer Beifall.)

Vors. Ebert: Die Vorschlagsliste zur Wahl des Parteivorstandes ist geschlossen. Genosse Dr. Quarck läßt erklären, daß er eine Wahl in den Parteivorstand unter keinen Umständen annehmen würde.

Stolle-Gesau: Schon die alten Demokraten, die 1866 mit Bebel und Liebknecht in Chemnitz unter den preußischen Bajonetten ihr Programm aufstellten, forderten Übernahme der Schul- und Armenlasten auf den Staat. Und jetzt nach 47 Jahren sollen wir bloß Staatszuschüsse für die Gemeinden fordern? Wer bekommt denn die Staatszuschüsse vom monarchistischen Klassenstaat? Wer den höchsten Ertrag vom Kornblumentag bringt. Einer solchen Bescheidenheit im Fordern kann ich nicht zustimmen. — Das System des Militarismus ist, wie hier niemand bestreitet, durchaus kulturfeindlich. Dieses System dürfen wir nicht festigen. Diesem System jeden Großen zu bewilligen, halte ich für grundfalsch. (Sehr wahr.)

Richard Fischer-Berlin: Was Stolle gewollt hat habe ich nicht herausbekommen. (Heiterkeit.) Soweit ich ihn verstand, hat er nur offene Türen eingerannt. Geyer hat gemeint, wir hätten eigentlich gar keine Macht. Aber wem anders verdanken wir überhaupt die direkten Steuern als unseren 4¼ Millionen Stimmen und unseren 110 Abgeordneten? Beide waren notwendig, um unseren Erfolg herbeizuführen. Bei einer Neuwahl wegen Ablehnung der Besitzsteuern hätten wir keine ist 40 Mandate aus eigener Kraft geholt und nirgends Stichwahlhilfe zu erwarten gehabt. Arbeiter und Intelligenz hätten uns in Scharen verlassen. Genosse Hoch hat gemeint, wir könnten Besitzsteuern nur auf Grund eines festen Abkommens mit den Linksparteien bewilligen. Aber wir haben uns stets freie Hand behalten und die Liberalen haben mit vollem Recht das gleiche getan. Geyer hat auf die Zollwucherregierung das merkwürdige Vertrauen gesetzt, sie würde keine neuen indirekten Steuern fordern. Es ist doch politisch unerhört leichtgläubig, anzunehmen, daß die künftige Steuervorlage besser ausgesehen haben würde. Hätten wir gegen die Besitzsteuern gestimmt, so hätte das Zentrum mit Vergnügen genug Leute abkommandiert, um sie zu Fall zu bringen. Wer die Notwendigkeit der Zustimmung heute noch nicht einsieht, muß politisch blind sein. (Sehr wahr!)

Stadthagen-Niederbarnim: Wenn man zur Verteidigung der Stellung der Fraktion 4½ Stunden gebraucht, muß ihre Sache sehr schlecht sein. (Heiterkeit.) Man hat die Minderheit für Idioten und Narren erklärt. Aber die Mehrheit hat unausgesetzt der Regierung die besten Gründe für jede weitere Militärvorlage geliefert. (Unruhe.) Die Regierung braucht ja nur zur Deckung direkte Steuern vorzuschlagen, dann hört jede Protestaktion auf. Die Gegenanträge hat die Mehrheit nicht verstanden oder nicht verstehen wollen. Der erste Absatz der Resolution Geyer sagt tatsächlich nur, was für jeden Sozialdemokraten selbstverständlich sein sollte. Er wendet sich lediglich gegen Illusionen und Utopien bürgerlicher Reformer, mit Hilfe der Steuerpolitik die Ausbeutung überwinden zu können. Nun sagt man, die Massen hätten nicht verstanden, warum wir die so lange geforderten Besitzsteuern abgelehnt hätten. Die Arbeiter verstehen das ausgezeichnet. Noch ehe die Meinungsverschiedenheiten in der Fraktion bekannt wurden, haben auf der Kreisgeneralversammlung in Lichtenberg alle Redner ihrer Entrüstung Ausdruck gegeben über die Absicht der Fraktion auf Steuerbewilligung und ich habe meinen Buckel für die Dummheiten der Fraktion hinhalten müssen. Ein Redner teilte z. B. mit, daß unter den eingezogenen Reservisten in Tilsit Empörung herrschte über die Bewilligung der Heeresvorlage; die Bürger sagten dort einander, die bürgerlichen Parteien bewilligten jetzt die Soldaten und die Sozialdemokraten die Kosten. (Heiterkeit.) Daß die Regierung direkte Steuern forderte, war die Frucht unseres großen Wahlsieges, aber durch unsere Haltung ist er verdorben worden. Jetzt haben wir die Steuerbefreiung der Fürsten in der Vermögenszuwachssteuer, haben in der Aufhebung der Wertzuwachssteuer ein Millionengeschenk an die Großgrundbesitzer. Wir hätten lieber, als das Zentrum durch seine bekannte Erklärung die Möglichkeit bot, auf die Auflösung des Reichstages hinarbeiten sollen. Wenn Wurm gesagt hat, man sei in Notwehr gewesen, so erwidere ich ihm, daß man nach § 53 Abs. 3 R.-Str.-G.-B. über die erlaubte Notwehr hinausgegangen ist in Furcht, Schrecken oder Bestürzung. (Heiterkeit.) Alle Beispiele aus früherer Zeit, wo wir angeblich für direkte Reichssteuern gestimmt haben sollen, treffen nicht zu. Wir haben zwar wiederholt versucht, in Rüstungsvorlagen direkte Steuern einzuschieben, aber niemals daran gedacht, in dritter Lesung dafür zu stimmen. Nur für Herabsetzung von Steuern haben wir gelegentlich gestimmt. Wir haben noch nie ein Quentchen Vorteil eingetauscht für einen Zentner dauernder schwerer Nachteile für die Zukunft. Nach der Logik der Fraktionsmehrheit hätte man dafür zu stimmen, wenn die Kosten für eine Knüppelgarde oder für die Fürsorgeerziehung von Kindern sozialdemokratischer Eltern durch direkte Steuern gedeckt werden sollten. (Sehr gut und Unruhe.) Die Haltung der Fraktion hat den heiligsten Interessen der Arbeiterklasse widersprochen und muß den Kampf gegen Militarismus und Kapital verlangsamen. (Lebh. Beifall.)

Haberland-Düsseldorf: Ich habe zur Fraktionsminderheit gehört, teile aber heute den Standpunkt der Referenten. (Hört, hört!) Das kommt nicht daher, daß ich früher ein Narr war und jetzt ein Weiser geworden bin; sondern nur daher, daß ich die Entscheidung der Gesamtpartei abwarten wollte. Schließlich sollten wir doch zum ersten Male positive Hilfe zur Durchsetzung einer Steuervorlage leisten, die mit Militärforderungen in engem Zusammenhang stand. Nun sollen wir heute aber nicht nur das Urteil über das Geschehene abgeben, sondern auch Richtlinien für die Zukunft geben. Und da meine ich, wir müssen in Zukunft ebenso handeln wie diesmal, um die Arbeiter vom Steuerdruck soweit wie möglich zu befreien und die Schaffung neuer indirekter Steuern nach Möglichkeit zu verhindern.

Emmel-Mühlhausen: Unter der aktuellen Frage leidet die prinzipielle Erörterung außerordentlich. Am liebsten möchte ich keine vorliegende Resolution annehmen. (Sehr wahr!), wir kämen dann später gewiß zu einer besser vertieften. Die Befürworter der Haltung der Fraktionsmehrheit stellen es so dar, als ob bei Ablehnung der Besitzsteuern die Regierung sofort in ein Schubfach gegriffen und indirekte Steuervorlagen eingebracht hätte. Wenn das so leicht ginge, warum hat die Regierung überhaupt erst Besitzsteuern beantragt? (Sehr gut!) Wir hätten das Zentrum festnageln sollen, ob es nach seinen Drohungen handeln will oder nicht. Bei der Entscheidung über die Form der Besitzsteuern waren wir doch tatsächlich ausgeschaltet, das Trio Erzberger, Bassermann, Payer besorgte die Ausarbeitung des Kompromisses. Wir waren leider nicht so stolz wie die Konservativen, nachher unsere Zustimmung zu versagen. Wie man eine Reichstagsauflösung als Sozialdemokrat fürchten kann, begreife ich überhaupt nicht. (Sehr richtig!) Selbst wenn wir an Mandaten verlieren, haben wir fast stets einen politischen Gewinn. Außerdem darf man nicht vergessen, daß durch eine Reichstagsauflösung die Verabschiedung der Militärvorlage bedeutend verzögert worden wäre, denn sie hätte sich nicht verwirklichen lassen, ohne vorherige Lösung der Deckungsfrage. Die Besitzsteuern waren nur ein Teil der Deckungsvorlage, und schon im Hinblick auf die indirekten Steuern, die damit verknüpft waren, hätten wir die Steuerprojekte ablehnen sollen. (Beifall.)

Molkenbuhr: Wäre unser Genosse Bebel nicht gestorben, dann würde er zu diesem Punkt der Tagesordnung das Wort ergriffen haben, oder hätte sich wenigstens schriftlich geäußert. Durch eine Reihe von Bemerkungen gegen die Fraktion fühlte er sich in der Taktik getroffen, die er seit mehr als 20 Jahren konsequent verfolgt hatte. Denn die Taktik der Fraktionsmehrheit war nicht die Taktik des Revisionismus — diesen süßen Wahn muß ich dem „Berliner Tageblatt" rauben — sondern die Bebelsche Taktik seit 1893. In einem Briefe Bebels, den ich erhielt, als er nicht mehr am Leben war, wahrscheinlich den letzten Brief, den er überhaupt geschrieben, teilt er mir mit:

„Ich bin der Meinung, daß wir der Debatte über die Fraktion den Hals umdrehen. Das können wir am besten, wenn wir das Material zusammenstellen und Stellen aus unseren Reden bei den Militärvorlagen seit dem Jahre 1893, unsere Einkommensteueranträge bei dem Flottengesetz und den späteren Steuergesetzen von 1906 und 1909, zusammenstellen. Den Anträgen müssen die Namen der Unterzeichner beigegeben werden. Es steht mancher Name darunter, dessen Träger sich heute auf den Hyperradikalen herausspielt, ferner die betreffende Stelle aus der gemeinsamen Proklamation, die wir mit den Franzosen vereinbarten. Haben Sie nicht die Zeit, dieses Material zusammenzusuchen und abschreiben zu lassen? Ich bin, wenn ich dasselbe habe, bis zum 1. September bereit, es zusammenzustellen, und mit einer kritischen Sauce zu übergießen, in der die verschiedenen Angriffe ihre Würdigung finden. Ich würde das Elaborat in Form einer Rede geben und wir ließen es drucken und auf den Parteitag verteilen. Zum Reden bin ich leider unfähig." (Große Bewegung.)

Wie das Material aussah, davon einige Proben. Schon am 7. September 1893 entwickelte Bebel im Reichstag einen vollkommenen Plan direkter Reichssteuern für die Deckung einer Militärvorlage. Im Jahre 1898 sagte Singer: „Die Wähler werden an dieser Abstimmung ermessen, welcher Partei es ernst damit ist, daß wir endlich eine Reichseinkommensteuer bekommen. Wer dagegen stimmt und nachher in den Versammlungen dafür redet, dem werden die Wähler sagen: wir glauben Euch nicht mehr! Diesen Satz hätten unsere Gegner im Falle einer Reichstagsauflösung nur an jeder Straßenecke in großen Lettern anschlagen zu brauchen und keiner von uns hätte darauf erwidern können. So ging die Taktik der Fraktion weiter bis zum Jahre 1909. Da trat ein kleiner Teil der Fraktion zusammen und beschloß, von der alten Taktik abzuweichen. Dann hätten diese Genossen, die zum großen Teil alle unsere früheren Steueranträge mitunterschrieben hatten, aber auch ehrlich sagen sollen, daß sie selbst von der alten Taktik abzuweichen wünschen, und nicht denen, die daran festhielten, eine Abweichung vorwerfen sollen. Die Behauptung, daß wir von der alten Taktik abgewichen seien, kann nur gegen besseres Wissen erhoben worden sein. Hätte Bebel seinen Plan ausführen können, so wäre die Sauce zu diesen Zitaten wohl viel pikanter ausgefallen, als ich sie habe geben können. (Stürm. langanhalt. Beifall.)

Ledebour-Berlin: Ich bedaure, daß in der bisher durchaus sachlich geführten Debatte ein Mitglied des Parteivorstandes ehrenrührige Vorwürfe erhoben hat, ohne vom Vorsitzenden zurechtgewiesen zu werden. (Sehr gut!) Die Zitatensammlung können wir jetzt nicht aus dem Handgelenk nachprüfen. (Heiterk.) Genosse Molkenbuhr hat diesen Zitaten, die wir jetzt nicht nachprüfen können (Unruhe), einen besonderen Wert dadurch zu verleihen geglaubt, daß er sich auf einen Brief des Genossen Bebel berief. Ich bedaure den Versuch, in die schwebende Debatte unsern verstorbenen Genossen Bebel hineinzuziehen. (Beifall und große Unruhe.) Dagegen zu polemisieren ist uns ganz unmöglich. Ich hoffe, daß Sie soviel natürliches Empfinden haben, das zu verstehen. — Der Kernpunkt des Streites zwischen uns ist die Frage nach der Bedeutung des Verwendungszwecks. Wurm ritt darauf herum, daß auch, wenn wir indirekte Steuern durch direkte ersetzen, das Geld für militaristische Zwecke verwendet wird. Über diese Entdeckung hat er sich gefreut wie ein kleines Würmchen über ein Stück Kuchen. (Heiterkeit.) Aber unter dem Wort „Verwendungszweck" versteht er zwei ganz verschiedene Dinge. Würde er „Besteuerungsanlaß" sagen, so wäre das unmöglich. Besteht eine Steuer, die wir ja nicht ohne Zustimmung der Regierung aufheben können, so ist der ursprüngliche Besteuerungsanlaß vollkommen verschwunden. Anders, wenn es neue Steuern zu schaffen gilt, da würde am besten durch ein Mantelgesetz, das den Besteuerungsanlaß mit der Steuer verbindet, volle Klarheit geschaffen werden. Mit einem solchen Mantelgesetz konnten wir in den Wahlkampf ziehen, den ich im Namen der Fraktion von der Reichstagstribüne aus gefordert habe, ohne Mißverständnisse zu befürchten. Ein paar Mandate wären vielleicht auch dann flöten gegangen, aber das wäre nebensächlich. Im Interesse des Kampfes gegen den Militarismus in allen seinen Konsequenzen bitte ich Sie, unserer Resolution Ihre Zustimmung zu geben. (Stürm. Beifall.)

Vors. Ebert: Ich habe nicht angenommen, daß Molkenbuhr Mitgliedern des Parteitages den Vorwurf wissentlicher Unwahrheit hat machen wollen. Sonst hätte ich den Ausdruck gerügt.

Dr. Frank-Mannheim: Ich kann auch im Namen Molkenbuhrs erklären, daß wir bei niemandem eine Angabe wider besseres Wissen annehmen. Wir sind im Gegenteil überzeugt, daß eine ganze Anzahl von Leuten, die der Resolution Geyer zustimmen, es nicht besser wissen. (Beifall und Unruhe.) Wir freuen uns, daß Bebel unserer Meinung gewesen ist. Wir haben das freilich schon vorher gewußt, und unsere Stellungnahme war auch sachlich gegeben. Wenn man Äußerungen von Marx aus dem Jahre 1850 ausgräbt, wird man wohl auch die Meinung des toten Bebel aus dem Jahre 1913 anführen dürfen. (Sehr gut!) Wenn Ledebour von Bebel einen Brief im gegenteiligen Sinne bekommen hätte, hätte ihn gewiß sein natürliches Gefühl abgehalten, diesen Brief hier vorzulesen. (Htkt.) Stadthagen hat den Referenten die Länge ihrer Reden vorgeworfen. Wie wird mir, wenn Stadthagen einem andern lange Reden vorwirft. Wenn nun im Reichstag jemand nach Stadthagens Methode ihm selber sagt, wie schlecht muß es um die Sache der Sozialdemokratie bestellt sein, wenn ein so hervorragender Redner wie Stadthagen Stunden gebraucht, um sie zu vertreten. Stadthagen hat geglaubt, diese politische Frage mit dem Strafgesetzbuch erledigen zu können. Das ist ein sträflicher Versuch, für den nicht einmal mildernde Umstände bewilligt werden können. Stadthagen hat sich auf ein Gespräch aus Tilsit berufen. Viel schlimmer wäre es, wenn die Leute sagten: Durch die Dummheit der Sozialdemokratie ist es so gekommen, daß die bürgerlichen Parteien die Soldaten bewilligen und die sozialdemokratischen Arbeiter sie bezahlen müssen. Die Resolution von Niederbarnim tadelt die Fraktion, weil sie gegen die Grundsätze der Partei verstoßen haben soll. Woher sollen wir die richtigen Grundsätze kennen, wenn Wurm, Ledebour, Kautsky, Hoch und Geyer darüber verschiedene Urteile haben. Hoch hat gemeint, wir hätten nur auf Grund einer Arbeitsgemeinschaft mit den Liberalen die Besitzsteuern bewilligen dürfen. Da war mir's, als ob ich wundersam mein Lied aus fremdem Mund vernahm. (Gr. Heiterkeit.) Wir haben uns aber nicht nach einer Arbeitsgemeinschaft mit den Liberalen gedrängt, sie haben uns gar keine Treue geschuldet und keine Treue versprochen. Freiwillig haben Sie uns über ihre Verhandlungen mit dem Zentrum ständig auf dem laufenden gehalten. Eine Auflösung des Reichstages hat nicht ein einziges Fraktionsmitglied gefürchtet. Aber die Auflösung war nur zu erzwingen, wenn das Zentrum an seiner Erklärung festhielt und die Liberalen ebenfalls festblieben. Das konnten wir nicht erwarten. Die Taktik Hoch und Stadthagen ist nur erklärlich durch ein unbegrenztes Vertrauen zu den bürgerlichen Parteien. (Sehr gut!) Endlich ist noch gesagt worden, das Gesetz habe noch viele Fehler. Leider haben die Kritiker der Fraktion uns gezwungen, die neuen Steuergesetze mehr zu loben, als uns ums Herz war, statt daß wir sagen konnten, wieviel noch zu bessern ist. (Beifall.)

Ein von Treu-Nürnberg gestellter, von Ledebour-Berlin bekämpfter Schlußantrag wird angenommen. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Dr. Weill-Metz: Einen Zwischenruf von mir hat Hoch sehr unfreundlich beantwortet. Ich habe nur seine phänomenale Entdeckung festgehalten, daß das Zentrum in der Steuerfrage einen Erfolg erzielt habe. In Wahrheit haben wir es unter unsern Willen gezwungen.

Ed. Bernstein-Berlin: Ich habe leider keine Gelegenheit gefunden, zu erklären, warum ich in der Fraktion mit der Minderheit stimmte.

Geyer-Leipzig: Ich will den Treibereien und Unterstellungen gegen mich, die auf falschen Berichten beruhen, ein Ende machen. Ich habe nie gedroht, eine neue Partei zu gründen, sondern nur gesagt, daß wenn die Partei ihre Grundsätze aufgibt, der Kampf so heftig werden muß, daß Gefahr besteht, daß sich eine neue proletarische Partei bildet.

Hoch-Hanau: Ich habe nicht die Arbeitsgemeinschaft mit den Liberalen empfohlen, sondern nur verlangt, daß wir Steuergesetze ablehnen, die Bedingungen für das Zustandekommen der Militärvorlage sind.

Nach weiteren persönlichen Bemerkungen von Stadthagen, Ledebour und Liebknecht erhält das Schlußwort

Wurm: Keiner von uns hat je daran gedacht, durch seine Steuerpolitik der Annahme der Militärvorlage Vorschub zu leisten. Kautsky hat meine Ausführungen auf dem Leipziger Parteitag gegen die Erbschaftssteuer entstellt. Wir haben die Erbschaftssteuer als Vorspann neuer indirekter Steuern bekämpft. Etwas ganz anderes sind Besitzsteuern zur Verhinderung indirekter Steuern. Es kommt eben immer auf die politische Situation an. Jetzt ist eine neue Situation da. Auf dem Gebiet des Militarismus ist die Bourgeoisie einig, auf dem Gebiete der Steuern uneinig. Da können wir also Erfolge erzielen. Marx hat im Jahre 1850 noch auf dem Standpunkt des Ricardoschen ehernen Lohngesetzes gestanden. Rosa Luxemburg hätte lieber mein Zitat aus ihrem Buch erklären sollen. Schlechte Besitzsteuern sind uns gleichgültiger als der Bourgeoisie. Wir müssen auch in Zukunft an unseren Grundsätzen festhalten, und je nach der politischen und wirtschaftlichen Lage im Einzelfall stimmen, um gegen die Ausplünderung der Arbeiter Stellung zu nehmen. (Beifall.)

Südekum: Die erweiterte Fraktionssitzung, die jetzt zu Ende geht, hat ein dürftiges Ergebnis. Leider ist das Arbeiterelement sehr wenig zu Wort gekommen, obwohl gerade seine Anschauungen entscheidend gewesen wären, was wir von indirekten Steuern zu halten haben. Niemand hat einen Weg gezeigt, wie wir Besseres hätten erreichen können. Die Kritik an der Mehrheit der Fraktion oder an der ganzen Fraktion — denn bisher war, wenn die Mehrheit der Fraktion entschieden hatte, die Fraktion stets einig — hat keine besseren positiven Vorschläge erzeugt. Die Fraktion ist den einzig richtigen und den einzig möglichen Weg gegangen, der dem Programm, den Traditionen und der politischen Situation entspricht. (Beifall).

Die Abstimmung über die Resolution Wurm ist namentlich. Das Resultat ist die Annahme mit 336 gegen 140 Stimmen. Damit ist die Resolution Geyer erledigt. Mit etwa derselben Mehrheit wird der Fraktion der Dank und das Vertrauen des Parteitages ausgesprochen.

Hierauf werden die Weiterverhandlungen auf Sonnabend 8 Uhr vertagt.

Schluß 7 Uhr.

(Vorbericht.)

Am Sonnabend früh referierte zunächst Genosse Ebert über die Maifeier. Er empfahl folgende Resolution zur Annahme: „Dem Beschluß des Leipziger Parteitages vom Jahre 1909, der die Regelung der Maifeier und die Ansammlung eines Maifeierfonds anordnet, fügt der Parteitag in Jena folgende Erklärung hinzu: Der Parteitag erwartet von den in Bureaus und Redaktionen der Partei und der Gewerkschaften angestellten Parteigenossen, daß sie im Hinblick auf die Opfer, die die Arbeiter im Kampf um die Maifeier bringen, ihren Tagesverdienst am 1. Mai an den Maifeierfonds abliefern." Der Referent hatte sich auch gegen die Anträge gewandt, die die Verlegung der Maifeier auf den ersten Sonntag im Mai verlangen. Nach kurzer Debatte wurde dieser Antrag angenommen. Dem Vorschlag der Beschwerdekommission entsprechend wurde beschlossen, daß Radeck nicht Mitglied der deutschen Partei sein kann. Die Verbindung mit der polnischen Sonderorganisation wird entsprechend einem Beschluß des Parteitages gelöst. Hierauf erfolgte die Wahl des Parteivorstandes. Gewählt werden zu Vorsitzenden Haase mit 477 Stimmen und Ebert mit 433 Stimmen; Braun als Kassierer mit 458 Stimmen. Bei der Wahl der Sekretäre erhalten Bartels (Altona) 269, Gerisch 466, Dißmann (Frankfurt a. M.) 211, Molkenbuhr 440, Müller 442, Pfannkuch 468, Scheidemann 445, Frau Zietz 450 Stimmen. Als Beisitzer werden gewählt: Wels und Wengels. Neugewählt ist demnach Genosse Bartels-Altona gegen Dißmann. In die Kontrollkommission wurde an Stelle Kadens Genosse Geyer neugewählt. Mit einem begeisterten Schlußwort schloß sodann Genosse Ebert den Parteitag.

Gewerkschaftsbewegung.

Zum Streik im Stettiner Hafen. Der Magistrat richtete an die Stadtverordnetenversammlung ein Schreiben, worin er über die von ihm getroffenen Maßnahmen beim Streik der Hafenarbeiter berichtet. Er erklärt die ausständigen Arbeiter für kontraktbrüchig und hofft mit Hilfe der treugebliebenen und einer Anzahl neu angeworbener Arbeiter den Hafenbetrieb in vermindertem Umfange aufrechterhalten zu können. Zum Schutze der Arbeitswilligen hat er polizeiliche Maßnahmen getroffen und auch für die Möglichkeit gesorgt, den im Hafen Beschäftigten an der Arbeitsstätte Quartier und Verpflegung zu gewähren. Sollte der Ausstand fortdauern und nicht ruhige Einsicht die Ausständigen binnen kurzem zur Wiederaufnahme der Arbeit veranlassen, dann will er weitergehende Maßnahmen treffen, um den Betrieb in dem erforderlichen Umfange fortzuführen. Die dadurch entstehenden Mehrkosten sollen nach Möglichkeit durch Erhöhung der Gebühren auf die Verkehrsinteressenten abgewälzt werden. Die Situation ist die gleiche wie am gestrigen Tage. Es arbeiten einige Kräne mit höchstens 60 Beschäftigten. Der Magistrat hat in der Tat sehr weitgehende polizeiliche Maßnahmen getroffen. Eine Anzahl Sistierungen sind bereits zu verzeichnen. Ein Platz am Hafen ist zu einem Polizeilager umgewandelt. Arbeiter, die garnichts mit dem Streik zu tun haben, werden im bekannten Polizeiton von der Straße verwiesen. Der Magistrat scheint noch in anderer Art zu versuchen, die genügende Zahl Arbeitswilliger zu erhalten. Die Hafenbetriebsdirektion versucht anscheinend aus den Reihen der Streikenden Verräter zu finden. Ob mit Erfolg, ist stark zu bezweifeln. Auch Arbeiter, die ihren Sommerurlaub haben, werden von den Dienststellen aufgefordert, diesen zu unterbrechen, da alle verfügbaren Bediensteten dringend gebraucht würden. Sie sollten sich spätestens Freitag früh zum Dienst melden. — Der Streik steht für die Arbeiter günstig; wenn die übrige Arbeiterschaft Solidarität übt, muß den städtischen Hafenarbeitern der Sieg werden.

„Nützliche Elemente." Während des Streiks der Düsseldorfer Hafenarbeiter im Juli d. J. kam es wiederholt zu wüsten Auftritten, die von den aus Essen importierten Arbeitswilligen inszeniert wurden. Ganz besonders toll hatten es die Streikbrecher am 27. Juli getrieben. Um sich Zigaretten zu verschaffen, organisierten sie einen förmlichen Ueberfall auf ein Geschäftslokal. Ein Schutzmann, der die Rowdys zurückdrängte, wurde auf einen Holzplatz gelockt und dort zu Fall gebracht. Nur das Dazwischentreten eines Kriminalbeamten rettete den Polizisten vor weiteren Mißhandlungen durch die Arbeitswilligen, von denen einer bereits ein 25 Zentimeter langes Schlachtmesser gezogen hatte. Die Düsseldorfer Strafkammer, die sich mit den Heldentaten dieser Staatsstützen zu beschäftigen hatte, verurteilte zwei der Angeklagten zu je 3 Monaten 1 Woche und einen dritten zu 2 Monaten 2 Wochen Gefängnis. Die also Verurteilten bleiben selbstverständlich nach wie vor für den Staat nützliche Elemente und ein ehrlicher Arbeiter, der der „Ehre" dieser Gesellen zunahe tritt, spaziert unter Umständen auf Monate ins Gefängnis.

Soziales.

Die gelben Bäcker- und Konditorengehilfen sind nun durch ihre Leitung auch den Agrariern tributpflichtig gemacht worden. Auf dem am 10. September in Magdeburg abgehaltenen 6. Bundestag des gelben Bäcker- und Konditorengehilfenverbandes hielt der Bezirksleiter vom Verband öffentlicher Lebensversicherungsanstalten in Deutschland, Maaß-Magdeburg, einen Vortrag über „Soziale Volksversicherung" und empfahl dabei den Gehilfen die „Oeffentlich-rechtliche Volksversicherung". Sofort teilte der Vorsitzende des Bundes mit, daß der Hauptausschuß schon einen Vertrag mit den „Oeffentlich-rechtlichen" abgeschlossen habe, wozu der Bundestag seine Zustimmung gab. Hier kann man sicher sagen: „Herr, vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun!" Bäckergehilfen in eine Versicherungsgesellschaft zu dirigieren, die von den Agrariern gegründet und von agrarischen Behörden subventioniert werden, um den Agrariern billige Hypothekengelder zu verschaffen — das ist in der Tat nur bei gelben Gewerkschaften möglich, die jedes selbständige Denken unterlassen und offenbar kein Verständnis für die Wahrnehmung ihrer eigenen Interessen haben. Ein verständiger Bäckergehilfe, der für seine Zukunft und die seiner Familie sorgen will, der versichert sich bei der Volksfürsorge, die von den Gewerkschaften und Genossenschaften gegründet wurde, um die Arbeiter vor den Nachteilen der kapitalistischen Privatversicherung zu schützen!

Für die agrarische „öffentlich-rechtliche Lebensversicherung" wird nun auch der ost- und westpreußische Sparkassenverband in einer ganz festen Weise dienstpflichtig gemacht. Es genügt diesen von dem General-Landschaftsdirektor Dr. Kapp organisierten, agrarischen Versicherungsgesellschaften noch nicht, daß 6 Provinziallandtage zusammen 20000 Mark bewilligten, daß die Landräte, Gemeindevorsteher, Beamte der Landfeuersozietät „ehrenamtlich die Stellung als Vertrauensmänner bezw. Geschäftsführer versehen", daß alle diese Beamtungen ihre Bureaus und Hilfsarbeiter zur Verfügung stellen; es genügt ihnen nicht, daß die Gutsbesitzer und Industriellen ihre Angestellten und Arbeiter ihnen zutreiben und daß die jugendlichen Pfadfinder ihnen als Versicherungsobjekte durch die Führer der „nationalen" Jugendbewegung zugeführt werden; sie haben jetzt auch noch mit dem oben genannten Sparkassenverband einen Pakt geschlossen, der ihnen neue Opfer willenlos in ihre Arme treibt. Auf der am 6. September in Thorn abgehaltenen 26. Generalversammlung des Verbandes hielt Landrat v. Reinhard einen Vortrag über „Sparkassen und öffentliche Lebensversicherungsanstalten". Er bezeichnete es als Pflicht der Sparkassen, gleichfalls zur Entschuldung des Grundbesitzes beitragend zu helfen. Der beste Weg sei die Verbindung mit den öffentlich-rechtlichen Lebensversicherungsanstalten. Der Schuldner, der die Tilgungshypothek von der Sparkasse erhält, schließt gleichzeitig mit der öffentlichen Versicherungsanstalt eine Lebensversicherung ab, deren Rechte er an die Sparkasse überträgt. Diese zieht von ihm die Amortisationsbeträge ein, verwendet sie aber zur Zahlung der Versicherungsprämien bei der Anstalt. Referent beantragt, der Vorstand möchte diese Verbindung mit den öffentlichen Versicherungsanstalten den Sparkassen empfehlen. Trotz des Widerspruchs des Thorner Bürgermeisters Stachowitz wurde der Vorschlag des referierenden Landrats beschlossen. Die Sparkassen haben sich sonach nicht nur zur Zutreibung von Versicherten, sondern auch zum Inkasso der Prämien verpflichtet. In Wirklichkeit handelt es sich bei diesem Verfahren gar nicht um die Versicherung der Versicherten, sondern um eine Versicherung der Sparkassen für ihre ausgeliehenen Kapitalien! Nicht Volkswohl, sondern Schutz agrarischer Geldintessen ist die Triebfeder der „Oeffentlich-rechtlichen"!

Christliche Krankenkassenverwaltung. Die Bochumer Ortskrankenkasse ist seit Jahren in den Händen der Christen. Durch ein raffiniert ausgeklügeltes Wahlsystem wurden Vertreter der freiorganisierten Arbeiter vom Kassenvorstand ferngehalten. Mit Argusaugen wachten die christlichen Sekretäre darüber, daß nur ihre waschechten Anhänger zu Amt und Würden kamen. Ob sie ihren Aufgaben gewachsen waren? Das zeigen die Zustände in dieser Kasse, die am Montag zum zweiten Male vor Gericht aufgerollt wurden. Nach dreitägiger Verhandlung erhielt am 14. Januar ds. Js. der Rendant wegen gewinnsüchtiger Urkundenfälschung und Untreue — die jahrelang unter den Augen des christlichen Vorstandes begangen wurden — insgesamt 5 Monate Gefängnis. In dieser Gerichtsverhandlung wurde von einem Buchdruckereibesitzer ein Paket übergeben, das der Rendant beiseite geschafft hatte. Es enthielt vermißte Akten, die angeblich während der Untersuchung verloren gegangen sein sollten, ein Protokollbuch, worin die wichtigsten Sachen fehlten, ferner Baurechnungen und den Vorstand kompromittierende Privatbriefe. Ueber diese Dinge schwieg damals der Vorstand in allen Tönen. Der angeklagte Rendant wollte die Akten nur wegen eines folgenden Zivilprozesses beiseite geschafft haben. Er sei dem Rate des Rechtsbeistandes gefolgt. In der Verhandlung am Montag vor der Bochumer Strafkammer gab der Angeklagte an, die Akten seit Jahren mit Genehmigung des Kassenvorstandes an sich genommen zu haben, damit die übrigen Kassenbeamten oder Revisoren sie nicht im Bureau entdeckten. Diese Darstellung mußte der damalige Kassenvorsitzende, Kaufmann Dehne, im allgemeinen bestätigen. Wegen Unterdrückung von Urkunden erhielt der Rendant noch einen Monat Gefängnis dazu. Und noch dürfte die Affäre nicht zu Ende sein. Aber jetzt schon ist bewiesen, daß die Bochumer Zentrumschristen — die bei der Reichstagswahl 1912 in so genialer Weise dem nationalliberalen Scharfmacherkandidaten gegenüber unserem Genossen Hué zum Siege verhalfen — den Nachweis komplettester Unfähigkeit bei der Verwaltung sozialer Institute erbracht haben. Und diese Leute wollen sich entrüsten über „sozialdemokratische Mißwirtschaft"!

Aus Nah und Fern.

Betrügereien in einer agrarischen Genossenschaft. Vor einiger Zeit beschäftigten sich die Zeitungen mit Unregelmäßigkeiten im Betrieb der „Masurischen Landwirtschaftlichen Betriebsgenossenschaft" in Johannisburg. Dort waren stark mit Sand durchsetzte Leinkuchenmehle verkauft und auf dem Speicher der Genossenschaft waren Haferspelzen in Gerstenschrot eingemischt und als vollwertig verkauft worden. Die Aufsichtsorgane der Genossenschaft erklärten diese Beschuldigungen einfach als unwahr; jetzt ist aber gerichtlich festgestellt worden, daß sie zutreffend sind. Der Winterschuldirektor Kerschowski hatte den Direktor der Genossenschaft Mickley der unreellen Handlungsweise beschuldigt, worauf dieser Beleidigungsklage anstrengte. Vor Gericht sagten drei frühere Speicherarbeiter der Genossenschaft unter ihrem Eide aus, Direktor Mickley hätte sie beauftragt, Reiskleie, Hirsekleie, Gerstenkleie und andere minderwertige Sachen in Roggen- und Weizenkleie bezw. Getreideschrot einzumischen. Zwei weitere Zeugen erklärten, sie hätten von dem Genossenschaftsdirektor den Auftrag erhalten, Haferspelzen in Gerstenschrot einzumischen. Dieses Gemenge wäre dann als Gerstenschrot an die Kunden abgegangen. Ein anderer Zeuge bekundete, Mickley hätte ihm befohlen, ein unbekanntes sehr schweres weißes Mehl in Kleie zu mengen. Das Schöffengericht erklärte, daß der Beweis der Wahrheit für dieses unreelle Geschäftsgebaren erbracht sei. Nur wegen formaler Beleidigung verurteilte es den Angeklagten zu 30 Mk. Geldstrafe.

Unschuldig im Zuchthause? Das Kapitel der Justizmorde scheint durch einen neuen Fall bereichert zu werden, den das „Berliner Tageblatt" in seiner Abendausgabe vom Freitag veröffentlicht. Im März 1908 wurde eine Frau Hamm aus Flandersbach bei Elberfeld wegen Beihilfe und Anstiftung zur Ermordung ihres Mannes zu 14 Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Frau, die ständig ihre Unschuld beteuerte, verbüßt die Strafe im Zuchthaus zu Siegburg. Mit der Aufklärung der Mordgeschichte war seinerzeit der inzwischen aus dem Dienst getretene Berliner Kriminalkommissar v. Tresckow betraut, der von der Schuld der Frau überzeugt war. Im Gegensatz zu ihm waren die Anverwandten der Frau wie auch die örtliche Polizei der Ansicht, daß Frau Hamm an dem Morde unschuldig sei. Nach mehreren vergeblichen Versuchen, die Angelegenheit durch eine neue Untersuchung aufzuhellen, wurde zu Anfang dieses Jahres die Berliner Kriminalpolizei nochmals um ihre Hilfe ersucht. Die Recherchen führten, wie das „Berliner Tageblatt" meldet, zu dem überraschenden Ergebnis, daß Hamm überhaupt nicht das Opfer eines Mörders geworden ist, sondern im Kampf mit einem Einbrecher die tödlichen Verletzungen erhalten hat. Polizeirat Braun vom Berliner Polizeipräsidium hat in einem ausführlichen Gutachten seine Ansicht dahin vertreten, daß die Verurteilung der Frau Hamm wegen Anstiftung zum Morde zu Unrecht erfolgt ist, da sie unschuldig ist. Der Kriminalist kommt zu der Ansicht, daß der „unheilvollen Mitwirkung" des damaligen Kriminalkommissars v. Tresckow die meiste, wenn nicht die ganze Schuld an dem tragischen Ausgang des Falles zuzuschreiben sei, der eine Unschuldige auf lange Jahre in das Zuchthaus gebracht und zu einer Mörderin gestempelt habe. Das Gutachten führt weiter aus, daß es unerklärlich sei, wie der frühere Beamte angesichts der Fülle des Beweismaterials und der vielen Überführungsstücke mit aller Bestimmtheit behaupten konnte, daß es sich um einen von Frau Hamm angestifteten Mord handele. In dem umfangreichen Bericht des Kommissars v. Tresckow sei auch nicht ein Schatten einer Tatsache zur Belastung der von ihm verdächtigten Frau Hamm aufzufinden. Das Gutachten schließt mit der Feststellung, daß es einem Zweifel nicht mehr unterliegen könne, daß Frau Hamm unschuldig sei. Es sei daher geboten, die Strafhaft der Frau zu unterbrechen und von Amts wegen das Wiederaufnahmeverfahren einzuleiten. Bei der Sachlage sei jede Stunde, die Frau Hamm weiter unschuldig im Zuchthaus zubringen müsse, nicht nur ein doppeltes Unrecht, sondern auch ein Schaden für das Ansehen der Justiz. Wie das Blatt weiter mitteilt, habe der Elberfelder Erste Staatsanwalt sich bisher nicht überzeugen lassen, daß die im Zuchthause sitzende Frau Hamm einem Justizirrtum zum Opfer gefallen sei. Hat Polizeirat Braun das Gutachten so abgefaßt, so wird das Wiederaufnahmeverfahren zur zwingenden Notwendigkeit. Polizeikommissare — das ist allgemein bekannt — sind wahrlich nicht geneigt, einseitig im Interesse Beschuldigter Stellung zu nehmen. Eher könnte man sehr oft das Gegenteil behaupten. Die beteiligten Behörden haben alle Veranlassung, über die Ergebnisse der neuen Untersuchung vollste Aufklärung zu geben. Bisher können wir jedoch nur von einem recht sonderbaren Vertuschungsmanöver berichten. Eine von der Berliner Polizei inspirierte Korrespondenz hat am Freitag nachmittag über die Angelegenheit eine ähnlich lautende Notiz verbreitet. Am Abend ersuchte die Korrespondenz, die Nachricht als ungeschehen zu betrachten. Auf wessen Wunsch mag das wohl geschehen sein? Sicherlich nicht auf Wunsch der ihr nahestehenden Polizei, denn deren amtlicher Beruf ist es ja, die Schuldigen zu ermitteln, Unschuldige aber zu schützen. Das alles erfordert dringend, sofort ein Wiederaufnahmeverfahren einzuleiten, denn sonst könnte, um mit dem Kriminalrat Braun zu reden, nicht nur ein doppeltes Unrecht geschehen, sondern auch ein Schaden für das Ansehen der Justiz herausspringen.

Ein Sittenskandal zieht in Breslau weite Kreise. In einem Hause in der Auguststraße wurden von angesehenen Herren, u. a. einem Offizier, einem Beamten a. D., einem Zahnarzt, einem Baumeister und mehreren Handwerksmeistern, mit Schulkindern die wüstesten Orgien gefeiert. 72 schulpflichtige Mädchen sollen in diese schmutzige Angelegenheit verwickelt sein. Bisher sind 14 Personen verhaftet. Acht Beteiligte, und zwar ein Offizier, ein Polizeibeamter a. D., ein Bäckermeister, ein Hotelbesitzer, ein Baumeister, ein Konditoreibesitzer, ein Kaufmann und ein Badeanstaltsbesitzer haben ihrem Leben ein Ende gemacht. Zahlreiche Eltern der in Frage kommenden Mädchen, die das unsittliche Treiben nicht nur gestattet, sondern teilweise geradezu begünstigt haben, sind verhaftet worden.

Schwere Bluttat. In Plagwitz-Leipzig versuchte der Bildhauer Weber seine Frau zu erschießen und verletzte sie. Ein bei ihm wohnender Lehrer, der die Tat verhindern wollte, wurde schwer am Kopf verletzt. Weber beging darauf Selbstmord.

Lebensmüde. Der frühere städtische Krankenhausverwalter Friedrich Stettner in Nürnberg hat im Alter von 93 Jahren Selbstmord verübt, indem er sich aus dem Fenster stürzte.

Zugzusammenstoß auf dem Thyssenwerk. Aus Metz wird gemeldet: Aus Hagendingen zurückkehrende Arbeiter berichten, daß sich dort Freitag abend auf der elektrischen Anschlußbahn der Thyssenschen Werke ein schwerer Zusammenstoß elektrischer Wagen ereignete. Als ein Triebwagen mit einem Anhängewagen von der Rampe des Eisenbahnüberganges herabfuhr, versagte die Luftdruckbremse. Beide Wagen fuhren auf zwei untenstehende elektrische Wagen auf. Alle vier Wagen wurden zertrümmert, vier Personen schwer und etwa zehn leichter verletzt.

Byzantinische Reliquien. Die freikonservative „Post" (Nr. 439 vom 19. September) enthält dieses Inserat:

Für Sammler!

2 Federn (Kiele), mit denen der Kaiser und die Kaiserin geschrieben, 1 Halter, den Prinz Leopold, Prinz Albrecht, Regent von Braunschw., nebst Gemahlin, Prinz Max von Baden benutzten, sowie ein Pinsel nebst Farbstein und Tusche, den Li-Hung-Tschang gebraucht hat, zu verk. Off. erb. „W. 216" an Gerstmanns Ann.-Bur., Berlin W. 9.

Unter den braven Deutschen werden sich zweifellos Leute finden, die sich um die kaiserlichen und prinzlichen Federn und den chinesischen Pinsel reißen.

Eine Feuersbrunst vernichtete in der Handelsstadt Nigruta in der Mandschurei 600 Häuser.

Absturz eines Fliegers. Der Militärflieger Artillerieleutnant Fischer in Sebastopol ist aus 200 Meter Höhe abgestürzt. Er war sofort tot.

Fast unglaublichen Vorkommnissen ist man nach einer Meldung aus London im Gefängnis von Peterhead auf die Spur gekommen. Dort entdeckte man eine Werkstatt für Anfertigung von Banknoten, die in außerordentlich großem Stile betrieben wurde. Verschiedene Gefangene verfertigten mittels eines ganz eigens zu ihrem Zwecke präparierten Papiers Kupons der Bank von England. Die Banknoten waren so gut gearbeitet, daß selbst einige Banken sie in Zahlung nahmen.

Familiendrama in der Petersburger Aristokratie. Ein blutiges Drama hat sich zwischen dem vorübergehend in Petersburg weilenden 62 Jahre alten persischen General Prinz Anberg Mirsa und seiner jungen, schönen Gattin abgespielt. Montag früh forderte die Prinzessin beim Erwachen, als sie den General zum Ausgehen angekleidet sah, eine größere Summe Geldes, die ihr aus ihren Gütern zukam. Der General verweigerte die Hergabe, worauf die Prinzessin augenblicklich einen Revolver unter dem Kopfkissen hervorzog und drei Schüsse auf ihren Gatten abfeuerte, die alle trafen. Der Prinz brach ohnmächtig zusammen und mußte ins Hospital geschafft werden, wo er dringend bat, seine überaus eifersüchtige Frau nicht zur gerichtlichen Verantwortung zu ziehen.

Bei einer Explosion in einer spanischen Fabrik kamen 5 Arbeiterinnen ums Leben.

Hagelkatastrophe. Die Stadt Petrinja in Kroatien wurde von einer furchtbaren Hagelkatastrophe heimgesucht. Faustdicke Hagelstücke zerschlugen die Dächer der Häuser; in der Stadt sind sämtliche Telephon- und Telegraphenleitungen und Leitungen der Elektrizitätswerke zerstört. Der Schaden beträgt über zwei Millionen Kronen. Mehrere Personen sind verletzt worden, darunter der Bürgermeister.

Noch mehr auf dem Kerbholz. Die Zahl der Verbrechen, die dem Neuyorker Mörder Schmidt zur Last gelegt werden, wächst lawinenhaft. Die Polizei glaubt, daß er mehrere Mädchenmorde begangen hat. Sie forscht jetzt nach dem Verbleib einer Helen Green, die mit Schmidt in intimer Korrespondenz stand und dann plötzlich verschwand.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.